№ 371
B 183
Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 6. August 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Hundertprozentige Prohibition.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **New York City**, im Juli.

Henry Ford, dessen geschäftliches Genie nicht in Abrede gestellt werden soll, macht gern weniger geniale Ausflüge auf das politische Gebiet. Mit seinem galanten Rückzug von der Präsidentschaftskandidatur zugunsten des Präsidenten Coolidge (gegen die Möglichkeit seiner Kandidatur haben sich sämtliche Parteien schon im vornhinein abgelehnt) hat er wenig von sich reden gemacht. Vor kurzem beschloß er, dem Lande bekannt zu geben, daß er in den Wahlen unbedingt auf Seite des „dry", das heißt der Alkoholgegner, stehe. Dies tat er in seiner autokratischen Weise, der man aber eine gewisse Originalität zubilligen muß. Er ließ seinen, ein gewaltiges Heer bildenden Arbeitern und Angestellten in den ganzen Vereinigten Staaten bekannt machen, daß jeder, der bei sich oder in seinem Heime Alkohol hat, ja, sogar der, an dessen Atem zu erkennen ist, daß er irgendwo Alkohol in irgendeiner Form zu sich genommen hat, sofort entlassen werde.

✱

So wurde die Alkoholfrage vom Standpunkt der persönlichen Freiheit aus wieder in lebhafte Diskussion gezogen. Es ist nämlich immerhin erlaubt, eine gewisse Menge alkoholischer Getränke für Selbstgebrauch im Hause herzustellen, und auf ärztliche Verordnung kann man auch in den meisten Plätzen Alkohol bekommen. Warum bringt der Staat seine Bürger in die Gefahr, daß diese sich durch wenig sachverständige Zubereitung ihrer Getränke Alkoholvergiftungen zuziehen? Und warum treibt der Staat die Preise des vorhandenen Alkohols durch die Prohibition in die Höhe? Und warum kann man dann nicht überhaupt trinken wann, was und soviel man will? Dies ist ungefähr der Standpunkt der „wets", also der Prohibitionsgegner. Durch das Alkoholverbot wird das Wohl der Allgemeinheit geschützt und gefördert. Man kann die Freiheit des Alkoholbeschaffens nicht unberührt lassen, wenn man die Trunksucht und den Anreiz des Trinkens aus dem gesundheitlichen, moralischen und wirtschaftlichen Leben des Volkes wirklich ausschalten will. So die „dry"-Partei.

✱

Der Sieg der Alkoholgegner ist nicht so überraschend gekommen, wie man in Europa allgemein annimmt. Schon bevor dieses Gesetz vom Kongreß angenommen wurde, war in zwei Dritteln der Staaten ein Alkoholverbot durchgeführt. Die treibenden Kräfte hinter dieser Bewegung waren die Kirchen, geführt von den Puritanern, und die Frauenvereinigungen. Daß diese Kräfte auch jetzt noch wachsam sind, wird dadurch bewiesen, daß in vielen protestantischen Kirchen auf Veranlassung der 11 größten Frauenvereinigungen Gebete verrichtet und Predigten gehalten wurden, um die an den Wahlen beteiligten Parteiorganisationen dazu zu bestimmen, daß sie sich in ihrem Wahlprogramm zur strengen Durchführung des Prohibitionsgesetzes verpflichten mögen.

✱

Wie gut sie wachen, beweist auch die kleine Geschichte vom Vater Knickerbocker. Der gute alte „Vater Knickerbocker" ist die Personifizierung New-Yorks, wie „Onkel Sam" die Amerikas ist. Als nun der Nationalkonvent der demokratischen Partei nach New York einberufen wurde, begrüßte Vater Knickerbocker als Gastgeber in unzähligen Karikaturen und Bildern, die aus allen Landesteilen kommenden Delegierten. Ueber dem Hauptportal des wohlbekannten Hotels Astor errichtete dessen Besitzer sogar eine überlebensgroße vergoldete Gipsstatue des Schutzpatrons von New York, wie er, nach alter Sitte, den Gästen seinen Humpen zum Willkommengruß entgegenschwingt. Nun beschuldigten gewisse Kreise die demokratische Partei, daß sie sich absichtlich durch einen Wiertrug symbolisieren ließen. Vor der Feindschaft dieser Kreise wurde der demokratischen Partei aber so bange, daß sie den Humpen sofort entfernen ließ und Vater Knickerbocker ein ganz trockenes Fähnchen mit der Aufschrift „Willkommen" in die Hand drückte.

✱

Die jetzige Regierung ist zweifellos „dry". Sie scheut keine Kosten, um dem Alkoholgesetz eine strenge Beachtung zu verschaffen. Namentlich das Alkoholschmugglertum bekämpft sie erbittert. Eine kleine Flottille hält die Schmuggelschiffe von der amerikanischen Küste fern, und durch ein besonderes Abkommen mit den europäischen Regierungen drängt sie erfolgreich die unter fremder Flagge operierenden Schmuggler zurück. Die Schmuggelschiffe, die ständig im Kriegszustand mit den amerikanischen Behörden stehen, führen ein sehr bewegtes, fast romantisch zu nennendes Leben und entwickeln ihre eigenen Gesetze und Gesetzlosigkeiten. Vor einigen Tagen gelangte es zur Kenntnis der Küstenpolizei, daß sich einige Meilen von der Küste entfernt eine moderne Seeräuberei entwickelte. Die „anständigen" Schmuggelschiffe, die in eigenem, wohlverstehendem Interesse jede Berührung mit der Polizei vermeiden wollen, wurden von einem stark bewaffneten Piratenschiff überfallen, ihrer Bestände beraubt, und nur so viel Alkohol wurde ihnen auf Deck gelassen, als das freie Einlaufen in einen Hafen unmöglich macht.

✱

Entsprechend dem Umstande, daß die Alkoholfrage überall im Lande auf der Tagesordnung steht, sind alkoholische Getränke auch überall erhältlich. Trotzdem ist eine starke Abnahme des Alkoholkonsums durch das Verschwinden der Schankstätten unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar sind auch die günstigen Erfolge auf volksgesundheitlichem und volkswirtschaftlichem Gebiete. Und die Jahresstatistiken weisen einen stetig zunehmenden Erfolg der Prohibition auf, die, wenn auch nicht in den Details, so doch dem Sinne nach, eine dauernde Einrichtung geworden ist. Um die in Europa noch oft hörbare „wissenschaftliche" Kritik, nämlich daß der mäßige Alkoholgenuß für den Organismus von Nutzen sei, zu beantworten, will ich darauf hinweisen, daß die Prohibition biologisch bewiesen hat, daß der Zuckerverbrauch in dem Maße steigt, als die Menschen weniger Alkohol verbrauchen. Die Kohlenhydratmenge, die von dem menschlichen Organismus benötigt wird, wird ihm dadurch in zutäglicher Weise zugeführt.

Alfred Tyrnauer.

Deutschlands Gegenvorschläge.

Deutsche Aussprache mit Macdonald.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung".

R—r. **London**, 6. August.

Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann haben gestern abend mit Ramsay Macdonald eine einstündige Besprechung gehabt. Die Anregung dazu war vom englischen Premierminister ausgegangen, der als Vorsitzender der Londoner Konferenz den Wunsch hatte, mit dem Führer der deutschen Delegation sich über den Gang der weiteren Verhandlungen der Konferenz auszusprechen.

Ramsay Macdonald legte in der Unterhaltung entschiedenen Wert auf ein rasches Tempo der Verhandlungen und auf eine Beendigung der Konferenz möglichst am Freitag.

Die Führer der deutschen Delegation erklärten, alles zu tun, um einen raschen Abschluß der Beratung zu ermöglichen. In der Unterhaltung ließen die deutschen Führer erkennen, daß sie der Lösung der politischen Fragen die entscheidendste Bedeutung beimessen und daß sie darauf Wert legen, das Programm der militärischen Räumung und die Eisenbahnerfrage anzuschneiden.

Das ist heute in dem Begleitschreiben zu der deutschen Denkschrift für die Beschlüsse der Kommissionen geschehen. Die Denkschrift ist mit dem Begleitschreiben in den ersten Vormittagsstunden dem Generalsekretär der Konferenz überreicht worden. Sie enthält die bereits angekündigten Einwendungen und Gegenvorschläge zu den Beschlüssen über die Sanktionsfrage, die Amnestie der Ruhrausgewiesenen, die Termine und die Sicherheit der Durchführung der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebiets, die Sachlieferungen und die Transferbestimmungen.

In dem Begleitschreiben wird darauf hingewiesen, daß die Kürze der Zeit detaillierte Darlegungen unmöglich gemacht habe, sie bleiben den mündlichen Verhandlungen vorbehalten. Dann heißt es im Schreiben des Reichskanzlers weiter, daß mit den Kommissionsbeschlüssen der mit dem Dawes-Bericht zusammenhänge Fragenkomplex nicht erschöpft sei. Die deutsche Delegation müsse insbesondere entscheidenden Wert darauf legen, die Fragen der militärischen Räumung und der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete zur Erörterung zu stellen. Andererseits habe der Präsident der Zweiten Kommission in seinem Begleitschreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Militärsachverständigen die Beibehaltung von etwa 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten auf bestimmten Strecken des linksrheinischen Netzes verlangen. Die deutsche Delegation sei der Ansicht, daß diese Forderung mit dem Sachverständigenbericht nicht vereinbar sei.

Dadurch sind die beiden politischen Probleme angeschnitten, die vom deutschen Standpunkt die wichtigsten sind. Wenn sie auch auf der eigentlichen Konferenz nicht erörtert werden, so werden Verhandlungen neben der Konferenz über diese politischen Fragen durch das Begleitschreiben des Reichskanzlers bedingt.

Die zweite Sitzung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

R—r. **London**, 6. August, 2 Uhr mittags.

Nachdem die deutsche Denkschrift zu den Beschlüssen der Kommissionen um elf Uhr dem Generalsekretariat der Konferenz überreicht worden war, traten, um halb zwölf Uhr, in Downing Street je zwei Delegierte der einzelnen Mächte als Rat der Sechzehn zusammen, um in die Erörterung der deutschen Denkschrift einzutreten. Von der deutschen Delegation nahmen Marx und Stresemann teil, außerdem die entsprechenden Sachverständigen.

Die deutsche Denkschrift wendet sich gegen die Sanktionsformel der Ersten Kommission, verlangt die völlige Amnestie und Rückkehr aller ausgewiesenen, eine Aenderung der Bestimmungen über die Durchführung der wirtschaftlichen Räumung, die in rascherem Tempo erfolgen könnte und auch ander geregelt werden müßte. Sehr ausführlich werden die Kommissionsbeschlüsse über die Sachleistungen und das Transfer behandelt und darin weitgehende Gegenvorschläge gemacht.

Das wichtigste aber ist das Begleitschreiben zu der deutschen Denkschrift. So wichtig die wirtschaftlichen Bestimmungen über die Durchführung des Dawesplanes sind, so treten sie für Deutschland doch zurück hinter den politischen Problemen.

In irgendeiner Form mußte die deutsche Delegation die Frage der militärischen Räumung und der Eisenbahner anschneiden; sie hat sich entschlossen, es im Begleitschreiben zu tun.

Reichsbankpräsident Schacht ist heute in London eingetroffen.

Macdonalds Antworten an Lloyd George.

Die Kölner Zone und die Besatzungsfrist.

Wieder hat Lloyd George im Unterhaus eine ganze Reihe von Fragen an den Ministerpräsidenten gestellt, die allerdings nur zum Teil mit den auf der Londoner Konferenz behandelten Dingen zu tun hatten. Macdonald hat denn auch in seiner Antwortrede darauf hingewiesen, daß manche von dem Fragesteller berührten Gegenstände den Versailler Vertrag betrafen und nicht den Dawes-Plan, und er hat dabei, wie schon vorgestern, von neuem festgestellt, daß manche Bestimmungen des Friedensvertrages verschieden ausgelegt werden könnten, wie sie in der Vergangenheit auch bereits verschieden ausgelegt worden sind.

Es muß allerdings merkwürdig berühren, daß Ramsay Macdonald zu diesen Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine verschiedene Auslegung zulassen, auch die Artikel rechnet, die die Besatzung im Rheinland und die Besatzungsdauer regelt. Wenn überhaupt, so hat hier der Vertrag ganz eindeutige Bestimmungen getroffen, und wenn Macdonald behauptet, daß die Klausel, welche dem Artikel 429 vorausgeht, die auf sie folgenden Bestimmungen der willkürlichen Auslegung preisgebe, so ist dies einfach unverständlich. Die Klausel selbst soll er folgendermaßen zitiert haben: „Wenn Deutschland in der Zwischenzeit seine Verpflichtungen gewissenhaft erfüllt hat." Das mag ein Uebertragungsfehler sein. Der Wortlaut der Klausel spricht von „Bedingungen des Vertrages". Das Wort „Verpflichtungen" juggeriert ohne weiteres „Reparationen". Der letzte Absatz des Artikels 429 hingegen präzisiert diese Bedingungen noch ausdrücklich, wenn er die Nichtzurückziehung der Besatzung von der „Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands" abhängig macht.

Wenn also Macdonald auf die sehr präzise Frage Lloyd Georges nach der vertragsmäßigen Räumung der englischen und selbstverständlich auch des Teiles der belgischen und französischen Zone, der unter die fünfjährige Frist fällt, mit der Gegenfrage antwortet, ob die Bedingungen der Klausel wohl erfüllt seien, so wird diese sonderbare Haltung nicht dadurch besser, daß er gleich hinzufügt, er äußere keine Ansicht, sondern stelle nur eine Frage. Wenn er damit andeuten wollte, daß diese Frage von anderer Seite gestellt werden würde und aus dieser Tatsache die Auslegbarkeit der klaren Bestimmungen der angezogenen Artikel beweisen zu können glaubt, so ist dies gleichfalls keine Antwort auf die sehr deutliche Feststellung Lloyd Georges, daß die Nichtzurückziehung der Rheinlandbesatzung im Januar nichts anderes sei „als der Versuch, sich dieser Vertragsverpflichtung in einer nicht strikt ehrenhaften Weise zu entziehen".

Damit wird aber auch das Argument hinfällig, welches der englische Premierminister, wiederum in Form einer ihn nicht bindenden Gegenfrage, auf Lloyd Georges Anfrage nach dem Schicksal der „Kölner Zone" im Falle des Abzugs der Engländer, vorbrachte. Gewiß ist die Besetzung des Rheinlandes eine allen Alliierten gemeinsame Maßregel, die nur aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gestalt von Besetzungszonen durch die Truppen einzelner Mächte angenommen hat. Als daher die Amerikaner Koblenz verließen, zu einer Zeit, wo Koblenz vertragsmäßig eben noch besetztes Gebiet war, konnte die Berechtigung des französischen Einmarsches nicht bestritten werden. Wenn aber die Engländer nach Ablauf der fünfjährigen Frist Köln räumen und das

Gebiet zu diesem Zeitpunkt wiederum vertragsmäßig freies deutsches Gebiet wird, so kann von einem rechtmäßigen Einmarsch fremder Truppen auf keinen Fall die Rede sein.

Macdonald muß übrigens selbst gefühlt haben, daß die Auskunft, die er da gab, die englische öffentliche Meinung unmöglich befriedigen konnte, denn er beeilte sich hinzuzufügen, daß das Prinzip des Schiedsgerichts, welches auf der Londoner Konferenz sich durchgesetzt hat, sicherlich auch bald auf Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung des Versailler Vertrages ausgedehnt werden dürfte. Es wäre besser gewesen, wenn er seinen Standpunkt klar dahin präzisiert hätte, daß Meinungsverschiedenheiten nicht auf den ganzen Vertrag ausgedehnt werden können, weil sie bedauerlicherweise in einzelnen Punkten gewiß nicht zu vermeiden sind.

In seiner Rede hatte Lloyd George beanstandet, daß in dem Dawes-Plan nur von einem „Verzug" Deutschlands die Rede sei, während im Friedensvertrag der Ausdruck „vorsätzlicher Verzug" angewandt wird. Ein „Verzug" wäre leicht festzustellen, das Wesentliche sei aber doch, ob er vorsätzlich herbeigeführt worden sei und nicht in der tatsächlichen Unmöglichkeit für Deutschland bestehe, die von ihm verlangten Summen aufzubringen. Diese Frage, die den Kern der Schwierigkeit auch in bezug auf die Räumungsfrage trifft, hat Macdonald dahin beantwortet, daß durch das System der Nachschüsse, welche der Dawes-Plan vorsieht, die tatsächliche Ursache eines „Verzuges" jederzeit unparteiisch festgestellt werden könne. Gerade bezüglich seiner Leistungsfähigkeit könne sich Deutschland beschwerdeführend an die Reparationskommission oder an den deutsch-alliierten Schiedsausschuß wenden. Allerdings habe in der Reparationskommission, wenn es sich um einen „Verzug" aus dem Friedensvertrag handele, das amerikanische Mitglied keine Stimme, da dessen Aufgabe lediglich mit der Ausführung des Dawes-Planes zusammenhänge.

Noch einmal am Schluß seiner Rede glaubte Macdonald die aus den verschiedenen Fragen auch anderer Unterhausmitglieder ersichtliche Mißstrauensstimmung dadurch verscheuchen zu müssen, daß er die Hoffnung aussprach, die großen Länder Europas würden, wenn sie erst die wohltuende Wirkung des Schiedsgerichtsprinzips empfunden hätten, den lebhaften Wunsch hegen, seinen Wirkungsbereich zu erweitern.

Echo der Kanzlerrede.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 6. August.

Die Rede des Reichskanzlers hat in der Presse eine günstige Aufnahme gefunden. Die „Times" schreibt: Die Rede des Reichskanzlers war ausgezeichnet durch großen Takt und durch eine ausdrückliche und unverbrüchliche Bestätigung der Absicht der deutschen Regierung, die Bedingungen des Dawes-Planes auszuführen, sobald die gegenseitigen Abmachungen in dieser Frage zum Abschluß gebracht seien. Die Konferenz bietet gute Aussichten dar, und Macdonald war zu dem Optimismus, den er gestern im Unterhaus zur Schau trug, durchaus berechtigt. Nur große taktische Fehler der deutschen Delegation könnten die Konferenz jetzt Schiffbruch erleiden lassen. Die Deutschen, die sich des großen Einsatzes, der auf dem Spiele steht, bewußt sind, werden kaum einen derartigen Fehler begehen.

Der „Daily Chronicle" schreibt: Wie wir hören, machte die Rede von Marx einen ausgezeichneten Eindruck auf die Konferenzteilnehmer.

Die „Morningpost" sagt: Der Geist der deutschen Delegation ist der einer friedlichen Uebereinstimmung und einer strengen Fairneß des Verhaltens. Der allgemeine Eindruck ist der, daß die Konferenz jetzt „nicht unnötig verlängert" werden wird. Die Haltung der Deutschen gibt keinen Anlaß, anzunehmen, daß sie nicht bereit seien, den größten Teil der alliierten Vorschläge anzunehmen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Es muß anerkannt werden, daß der persönliche Ton, den der Reichskanzler Marx in seiner Rede angeschlagen hat, einen ausgezeichneten Eindruck unter den Alliierten hervorgerufen hat und mit dem Gefühl des zurückhaltenden Optimismus verfolgt werden kann, dem sich die öffentlichen Kreise so gern hingeben.

Der „Daily Herald" stellt fest, daß Macdonald die Deutschen in einer liebenswürdigen und geschickten Art begrüßt habe, auf die Marx ebenso liebenswürdig ihm Antwort gegeben hat.

Die günstige Atmosphäre.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 6. August.

Die gesamte Pariser Morgenpresse ohne Ausnahme stellt fest, daß der erste Kontakt zwischen den deutschen Delegierten und den Alliierten in London in einer günstigen Atmosphäre vor sich ging und alle Hoffnungen auf einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz gestatten. Die Befürchtung, daß die deutsche Delegation versuchen wird, das Diskussionsterrain zu erweitern und nicht auf der Tagesordnung stehende Fragen wie diejenigen der „Kriegsschuld" aufzuwerfen, sind, wie die Londoner Korrespondenten der Pariser Blätter beinahe einstimmig feststellen, als grundlos anzusehen. Der „Petit Parisien" unterstreicht im übrigen, daß Deutschland, wenn es versuchen sollte, das Konferenzprogramm über den Dawes-Bericht hinaus zu erweitern, den Erfolg der Konferenz in Frage stellen könnte, und eine derartige Verantwortung werden nach Ansicht des Blattes die deutschen Delegierten nicht auf sich laden, da sie bei einem Scheitern der Konferenz mehr verlieren würden als die Alliierten.

Die Mehrzahl der Morgenblätter, speziell die der Regierung nahestehenden Blätter, wie „Oeuvre" und „Quotidien", erwarten, daß in inoffiziellen Verhandlungen die deutsche Delegation „Nebenfragen" anschneiden und die Hauptanstrengung auf die militärische Räumung der Ruhr legen werde. Das „Oeuvre" glaubt, daß darüber direkte Besprechungen zwischen Herriot und dem Reichskanzler Marx stattfinden werden, und läßt durchblicken, daß Frankreich „gegen gewisse Entschädigungen" bereit sei, in dieser Frage mit der deutschen Delegation zu verhandeln. Das „Journal" läßt sich von seinem Berliner Korrespondenten dazu melden, daß die deutsche Delegation „glücklich" wäre, in der Frage der Ruhrräumung zu einem Kompromiß mit Belgien und Frankreich zu gelangen und sogar bereit wäre, materielle Opfer in der Form von Sondervergünstigungen auf dem Gebiet des abzuschließenden deutsch-französischen Handelsvertrages zu gewähren, wenn Frankreich vor dem festgesetzten Datum die Ruhr räumen wollte. Auch in der Frage der 4000 im Rheinland zu belassenden Eisenbahner glaubt der Berliner Korrespondent des „Journal", daß ein Kompromiß zustande kommen könnte, falls Frankreich und Belgien ein festes Datum für die Zurückziehung dieser Eisenbahner angeben würden.

Die „Journée Industrielle" teilt die Auffassung der Mehrzahl der Blätter, daß die Ruhrräumung den Hauptgegenstand der inoffiziellen Londoner Verhandlungen bilden werde, da sie das „Hauptmotiv" der ganzen Stresemannschen Politik bilde und das persönliche Prestige Stresemanns mit der Durchsetzung der Räumung verbunden sei. An der Art und Weise, wie Herriot diese Ruhrräumung zugunsten Frankreichs löse, d. h. für welche Vorteile, besonders auf handelspolitischem Gebiet, er die Zusage der Räumung verkaufen werde, werde das ganze Werk des französischen Ministerpräsidenten in London beurteilt werden müssen.

Radikale Pläne der Faszisten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom**, 6. August.

In dem gegenwärtig in Rom tagenden „Großen Nationalrat" des Faszismus wird es entschieden werden müssen, ob der Faszismus nach den letzten Stürmen aus der einseitigen Parteiformel herausstreten oder sich noch tiefer einkapseln will. Es scheint die intransigente Richtung die Oberhand zu gewinnen. Die dort eingebrachte Tagesordnung, die bereits die Zustimmung der Parteileitung, wie auch die Mussolinis hat, fordert u. a. neue Gesetze, die der faszistischen Revolution die volle Eroberung des Staates gewährleisten sollen, und lädt die Regierung dementsprechend ein, die neue revolutionäre Geschäftsführung einzuleiten und weiter die Vorbereitung derjenigen Maßnahmen, durch die alle wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen des Faszismus zu den Grundlagen des Nationalstaates werden sollen, zu beginnen.

Diese Absicht der Regierung hat in dem sogenannten „konstitutionellen Lager", namentlich bei den in der gegenwärtigen Regierung sitzenden Liberalen verheerend gewirkt. Das „Giornale d'Italia", das Organ Salandras, rückt entschieden von Mussolini ab und warnt davor, auf solchen Umwegen zu versuchen, die Verfassung anzutasten. Die revolutionäre Geschäftsführung des Faszismus fordert auch die Abschaffung des Parlaments und dessen Ersetzung durch sogenannte „Consigli tecnici", d. h. durch technische Ausschüsse, die Mussolini schon einmal in Aussicht stellte, als er die letzte Kammer auflöste.

Das „Giornale d'Italia" schreibt, eine größere Wendung als diese sei überhaupt nicht denkbar. Die faszistische Beratung bedeute die Liquidation der durch den Risorgimento geschaffenen Verfassung. Das revolutionäre Unternehmen treibe nun die schönsten Blüten, und das gesamte politische Leben sei auf den Kopf gestellt. Das Blatt stellt fest, daß die Liberalen Mussolini auf diesem Wege nicht folgen werden und verschiert, daß auch die übrigen konstitutionellen Parteien abspringen würden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die nationalistische „Idea Nazionale" vollkommen auf Seite der Regierung steht.

Wiederaufnahme der Russenkonferenz

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 6. August.

Ramsay Macdonald hat unmittelbar nach seiner Rede im Unterhause sich gestern abend mit dem bisherigen Ergebnis der englisch-russischen Konferenz beschäftigt, und noch im Laufe der Nacht hat die englische Delegation die Weisung erhalten, heute die ohne genügenden Grund abgebrochenen Verhandlungen mit Rußland wieder aufzunehmen.

Durch diese Wiederaufnahme der Verhandlungen, die anzukündigen wir bereits gestern Abend in der Lage waren, erübrigt es sich, auf die unzähligen Pressekommentare, die sich heute alle „mit dem Fehlschlagen der russischen Konferenz" beschäftigten, näher einzugehen.

Gegen die bulgarischen Truppenverstärkungen.

Die bereits angekündigte griechisch-jugoslawische Demarche bei den alliierten Regierungen wegen der bulgarischen Truppenverstärkungen ist heute erfolgt.

Eine polnische Demarche in Petersburg.

Der polnische Außenminister hat bei dem Vertreter der Sowjetunion in Warschau energische Schritte zur sofortigen Freilassung der in Leningrad verhafteten Mitglieder der polnischen Delegation, Professor Sochaniewicz und Stanislawski, unternommen.

Mein Lied.

Von

Max Herrmann (Neiße).

Der Dichter dieses Bekenntnisses ist vor kurzem durch die Verleihung des Eichendorff-Preises ausgezeichnet worden.

Das Lied, das mich umschwebt, ist nicht das gleiche,
das draußen auf den Straßen Wandrer führt,
das auf dem fernen, stillen Abendteiche
die Stirn des einsam Ruhenden berührt.

Das drüben von den Feldern aus dem Feuer
leichtsinnig Lagernder Rauchwolken weht,
das über eines Knaben Abenteuer
als das Gestirn des Vaterhauses steht.

Das dich durch alle Bitternisse leitet
und durch des Glücks gefährlicheren Wahn,
das in den Schlummer eines Müden gleitet
aus dem Geräusch nächtlicher Eisenbahn.

Das Lied, das mich umschwebt, stieg aus den Wunden
der eigenen Traurigkeit und hat nicht Kraft
und schwebt schon nicht mehr, liegt wie ich gebunden
als Schmerzensbruder meiner Lebenshaft.

Und kennt von jedes Menschen Wanderschaft
so wie von mir nur alle bösen Stunden.

Und doch hab ich mein Fest in ihm gefunden!

Der Kampf der Rotters um das Lessingtheater. Das künstlerisch interessierte Berlin hat sein Votum zu dem Versuch der Firma Rotter, das Lessing-Theater in ihre Hand zu bekommen, abgegeben. Dieses Votum ist eineutig und einstimmig ausgefallen. Die Rotters aber kämpfen weiter. Sie hatten ursprünglich beim Polizeipräsidium einfach die Umschreibung ihrer Residenztheater-Konzession auf das Lessing-Theater beantragt. Dieses Verlangen wurde abgelehnt. Darauf hat die Firma Rotter neuestens erklärt, ihr Antrag sei nicht als Antrag auf eine neue Konzession aufzufassen; sie beanspruche lediglich auf ihre alte Konzession, die für das Residenztheater erteilt sei, das Recht auf Spielerlaubnis im Lessingtheater. Wie wir erfahren, steht das Polizeipräsidium auf dem Standpunkt, daß dieser Forderung nicht stattgegeben werden kann: mit Rücksicht auf die unhaltbaren Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden; das Lessingtheater sei im Verzeichnis zum Residenztheater ein gänzlich verändertes Unternehmen; infolgedessen bedürfe es einer neuen Konzession.

Aestheiker-Kongreß in Berlin. Der 11. Kongreß für Aesthetik und allgemeine Kunstwissenschaft, der im vorigen Jahre in Halle stattfinden sollte und wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vertagt werden mußte, wird vom 16.—18. Oktober d. J. unter dem Vorsitz von Prof. Max Dessoir im Aula-Gebäude der Berliner Universität stattfinden. Anmeldungen zur Teilnahme an den Verhandlungen sind zu richten an Dr. Christian Herrmann, Charlottenburg, Schillerstraße 111. Berlin war auch der Tagungsort des ersten Aesthetiker-Kongresses, der 1913 unter Teilnahme von Gelehrten aller Kulturländer und gleichfalls unter Vorsitz Dessoirs in der Berliner Universität stattfand. Für Halle hatte Busoni einen Diskussionsvortrag für die Musiksektion angekündigt, den man nun in Berlin schmerzlich vermissen wird.

Einsteins Stellung zum Völkerbunde. Aus Genf wird uns geschrieben: Anläßlich seiner Teilnahme an der dritten Jahresversammlung der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit in Genf, gewährte Einstein dem Berichterstatter des Pariser „Journal des Débats" eine Unterredung, in der er seine Stellung zum Völkerbunde in folgender Weise charakterisierte: „Sie möchten wissen, warum ich nicht von Anfang an an dem Werke der Kommission mitgearbeitet habe? Es gab dafür äußere und allgemeine Gründe. Die Lage hat sich in den letzten zwei Jahren geändert: sie läßt auf eine bessere Zukunft hoffen. Das hat mir gestattet, hier wieder Platz zu nehmen. Ich bin jetzt überzeugt, daß die neue Einrichtung mit ihren sämtlichen Organismen das einzige soziale Werkzeug ist, fähig, uns die schlimmsten Katastrophen vermeiden zu lassen. Die ganze Welt ist am Dasein des Völkerbundes interessiert, und alle, die es können, haben die Pflicht, an der Entwicklung seiner Veranstaltungen zu arbeiten. Allerdings war bisher der Einfluß der französischen Mentalität hier sehr groß. Der Wille und die Leitung des Völkerbundes sind international, aber durch die Art, wie die Individuen gewählt wurden, blieb die unbewußte Mentalität vor allem französisch. Nun wäre es des französischen Volkes würdig, hier an der Herstellung des Gleichgewichts aller Mentalitäten mitzuarbeiten. Wir arbeiten an einem langwierigen Werk. Was Wirklichkeit werden will, reift selbst die Früchte davon ernten. Aber wir werden Befriedigung finden, und wir bereiten eine schöne Zukunft vor. J. B.

Hochschulnachrichten. Professor Dr. Hans Vaihinger (Halle), der Schöpfer der „Philosophie des Als Ob" und Begründer der Kant-Gesellschaft, begeht am 7. August sein goldenes Doktorjubiläum.

Musik. Kammersängerin Cahier wird im ersten Konzert der Gesellschaft der Musikfreunde mit dem Philharmonischen Orchester (Dir. Dr. Heinz Unger) am 2. Oktober außer dem Altsolo in der 3. Mahler-Sinfonie den 22. Psalm von Ernst Bloch singen, der damit zur Berliner Erstaufführung gelangt. Das Sopransolo in der Mahler-Sinfonie singt erstmalig Zinaida Jurjewskaja.

„Kurpfälzisches Museum".

Von

Max Osborn.

* Heidelberg, Anfang August.

Diesem kleinen, reizenden Kunstquartier in der Hauptstraße zu Heidelberg gehört seit langem meine stille Liebe. Die meisten Reisenden beachten es nicht. Ein Museum in Heidelberg? Das scheint in einem Bezirk, dessen Name schon Jugend, Erwartung, Schwärmerei und Zärtlichkeit ist, einigermaßen muffig zu klingen. In Wahrheit aber ist es selbst ein Stück blühenden, frischen Lebens.

So gravitätisch-barock wie der Titel ist auch das Haus. Auch für diese prächtigen alten Heidelberger Häuser hat man ja gemeinhin keine Zeit mehr, wenn man von der Schloßterrasse den Silberfaden des Rheins in der Ebene unten romantisch gegrüßt, auf dem Philosophenweg über seine verklungene Jugend nachgedacht oder in der „Harfe" zu Neckarsteinach bei Dürtheimer Feuerberg Forellen gegessen hat. Dies hier, das mit seinen üppig gebauchten, schmiedeeisernen Fenstergittern wie ein wohlbeleibter Patrizier breitbleckt, ist eine besondere Augenweide. Hinterm Hof ist ein alter Garten mit rauschenden Baumkronen; wenn ich mich hier auf eine Bank setze, muß ich immer an die Anlage vom Palais und Garten des Grafen Taggenburg in Bozen denken, so reich und voll quillt das Daseinsgefühl der Renaissance in diesem zisalpinen Winkel auf.

In den Sälen aber entfühlt die fröhliche und behagliche Kultur, die in den Bürger- und Adelsfamilien der einstigen kurpfälzischen Residenz eingesessen war. Der Direktor Karl Lohmeyer hat seine Schätze so angeordnet, daß ein blanker Spiegel der Kunstfreude und des soliden Geschmacks entstand, die sich dort ansehnlich betätigten, ohne viel Wesens von sich zu machen. Keine Spur von Museums-Verstaubtheit, und keine Spur auch von dem Andenkenkram mancher Lokalsammlungen. Lohmeyer weiß zu sichten; sein findiger Scharfblick hat aus verstecken Ecken so viel Stücke beträchtlichen Ranges ans Licht gezogen, daß eine ganz prächtige Galerie, eine hübsche Auswahl guter Möbel, ein überaus leckerer Porzellansaal herauskamen. Von den höfischen Zeiten, da man auch gern Niederländer und Franzosen kaufte, über das romantische Heidelberg der Brüder Boisserée, da Goethe im Schlafgarten oben lauschte, wie die Kastanien aus der Schale platzen, bis in die Epoche Feuerbachs und Trübners gab es, das wissen wir nun, eine eine heimische Heidelberger Kunst. Und wenn wir etwa auf Landschaften des bosen Georg Philipp Schmitt (1808—1873) einen Vorklang

Der bayerische Eisenbahn-Separatismus.

Die Verhandlungen mit der bayerischen Regierung über die neue Organisation der Reichsbahn erwecken in den weitesten Kreisen Befürchtungen über die Wiedererweckung eines den gesamtdeutschen Interessen schädlichen Partikularismus. Wir haben mit Genugtuung vermerkt, mit welcher Bestimmtheit die „Kölnische Volkszeitung“, der man gewiß keine unitarischen Neigungen nachsagen kann, unter Hinweis auf die Entwicklung, welche die fremdländische Regie der rheinischen Bahnen genommen hat, den bayerischen Vorkämpfern gegen die Reichseisenbahn entgegentritt. Das gleiche geschieht auch in einem Artikel des württembergischen Landtagsabgeordneten Oberstudienrats Dr. Egelhaaf im „Schwäbischen Merkur“. Egelhaaf betont, daß er gar nicht daran denke, einem übertriebenen Unitarismus das Wort zu reden. Aber ebenso gewiß sei, daß ein übertriebener Partikularismus nicht am Platze sei, und daß auch er der deutschen Volksseele widerspreche. Egelhaaf führt dann weiter aus:

„Einheit und Freiheit! war die Losung, der wir als junges Geschlecht gefolgt sind und die wir unter Bismarcks Führung haben erkämpfen helfen. Zur deutschen Einheit gehört aber als eine ihrer stärksten Grundlagen notwendig die Einheit des Verkehrswesens, aus idealen wie aus praktischen Gründen. Bis jetzt ist seit 1919 die Sache so gehandhabt worden, daß dem Reichsverkehrsministerium die Feststellung des Haushalts, die Verteilung der Geldmittel, die Regelung des Verkehrs und des Dienstes, die Ordnung der Rechtsverhältnisse der Beamten und die Vertretung seines Geschäftszweiges vor dem Reichstag und Reichsrat zusteht. Unter der Aufsicht des Ministeriums haben die Direktionen eine weitgehende Selbständigkeit der Verwaltung selbst betreffs der Verwendung ihrer Einnahmen, wodurch sie an der Höhe dieser Einnahmen nützlicherweise interessiert sind. Das sollte auch so bleiben; in München aber hat man andere Absichten. Dort strebt man kurzer Hand die Herstellung der bayerischen Staatshoheit, also auch die Eisenbahnhoheit an und will also wie früher eine schlechthin maßgebende Stelle in München, der gegenüber die Direktionen sowohl rechts vom Rhein als in der Pfalz nur eine sehr eingeschränkte Selbständigkeit haben; diese Direktionen haben weder über die Fahrpläne noch über die Tarife ein Wort mitzusprechen. Man will also Dezentralisation in Berlin, Zentralisation in München, während die Weimarer Verfassung in der Hauptsache Berlin als Zentrale will, daneben die Direktionen dezentralisiert. Wenn die bayerische Forderung durchgeht, so muß entweder Bayern wieder ein Reservatrecht erhalten, was auch andere Länder, namentlich Preußen, zu gleichem Verlangen anreizen müßte, und wobei am Ende alle Einheitlichkeit zugrunde ginge, oder die Reichsbahn muß in Bezirke von der Größe Bayerns zerlegt werden, und diese Bezirke müssen alle gleiche Rechte erhalten. Darauf zielt die bayerische Regierung allem Anschein nach ab, und so ergibt sich, daß nach ihrem Wunsch die rund 35 000 Kilometer langen preußischen und 6000 nichtpreußischen und nichtbayerischen Bahnen in etwa fünf Gruppen zerlegt werden sollen, die dem 8000 Kilometer langen bayerischen Netz gleichkommen würden.

Der süddeutsche Abgeordnete, seines Zeichens rechtspolitisch eingestellter Historiker, erhebt gegen diese Pläne den schärfsten Einspruch. Schwaben ist auch unter der Herrschaft des Bazillismus unbedingt reichstreu.

Gegen die Abgeordneten-Redakteure

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf Brodauf und Genossen zugegangen, in dem von demokratischer Seite beantragt wird, dem Pressegesetz von 1874 im § 8 eine Bestimmung einzufügen: „Als verantwortliche Redakteure periodischer Druckposten dürfen nicht Personen bezeichnet werden, die dem Reichstag oder einem Landtag angehören.“ Es soll damit dem nachgerade überhandnehmenden Verfahren radikaler Parteien die Spitze abgebrochen werden, ihre Organe von der pressegesetzlichen Verantwortung dadurch zu befreien, daß sie einen ihrer Abgeordneten verantwortlich zeichnen lassen.

Der Tag von Münster.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

hb **Köln**, 6. August.

Entgegen verschiedenen Gerüchten, daß wegen der Londoner Reise des Reichskanzlers der für den nächsten Sonntag angesagte Besuch des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers nicht stattfinden könne, stellt ein Telegramm der „Köln. Ztg.“ aus Münster fest, daß der Besuch des Reichspräsidenten, der von einigen Ministern begleitet sein wird, auf alle Fälle stattfindet. Der Besuch des Reichskanzlers ist dann nur in Frage gestellt, wenn die Londoner Beratungen bis Sonnabend nicht abgeschlossen sind. Man glaubt aber — und der Reichskanzler selbst ist fest davon überzeugt —, daß die Londoner Beratungen spätestens am Sonnabend selbst zu Ende geführt seien. Der Reichskanzler legt großen Wert darauf, über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen gerade hier in Münster öffentlich zu sprechen. Er wird, selbst wenn die Verhandlungen erst am Sonnabend zu Ende gehen, seine Heimreise so bschleunigen, daß er seine Rede am Sontag abend hier halten kann.

Zwei Wirtschaftsbehörden der Provinz Westfalen wollen den angekündigten Besuch des Reichspräsidenten ignorieren. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen und die Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Münster haben dem Präsidenten auf die Einladung zur Teilnahme an dem Empfang geantwortet, daß sie „kein Interesse an dem Besuch“ hätten, da sie ihre Wünsche und Anregungen durch ihre beauftragten Herren bei den Berliner Stellen selbst vorbringen.

*

Das Verhalten der beiden westfälischen Wirtschaftskörperschaften erinnert an die Hofgängerfurcht gewisser sozialdemokratischer Kreise vor dem Krieg. Diese Einstellung, die die Berührung mit dem Staatsoberhaupt aus parteipolitischen Gründen zu vermeiden suchte, ist von allen vernünftigen Leuten damals bekämpft worden. Immerhin war sie noch erklärlich bei einer Oppositionspartei, die so behandelt worden ist, wie das früher bei der Sozialdemokratie der Fall war. Wenn Wirtschaftskreise, deren Wünsche von der Regierung der Republik die weitestgehende Berücksichtigung erfahren, den Besuch des Reichspräsidenten ignorieren zu können glauben, so bekunden sie damit einen Mangel an politischem Takt, der in jedem anderen Kulturland als Zeichen der Unreife und der Unbildung unmöglich wäre.

Marienburger Heldenehrung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

* **Marienburg**, 3. August.

Heute fand hier die Einweihung des Heldenhains statt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erschien zum erstenmal mit großer Stärke. Durch das energische Auftreten des Reichsbanners wurde erreicht, daß sich an vielen Stellen die Fahnen der Republik zeigten. Auf dem Marsche zum Heldendenkmal gingen die sogenannten „vaterländischen Verbände“, die aus dem ganzen Umkreis ihre Leute herangeholt hatten, hinter den schwarz-rot-goldenen Fahnen. Den Gesang des Liedes: „Ich hatt einen Kameraden“ störten die „Stahlhelm“- und „Jungdo“- und „Werwolf“-Leute durch den Refrain: „Jagt die Juden aus dem Land und stellt die Juden an die Wand“. Danach marschierte das Reichsbanner nicht weiter und zwang so die Nationalisten, die Rüpeleien, mit denen sie die Helden „ehrten“, einzustellen. Bei der Feier am Heldenhain gab es dann keinen Zwischenfall mehr. Das Reichsbanner beschloß die Heldenehrung mit einer gemeinsamen Sitzung im Katholischen Vereinshaus.

Der Eselstritt der Fakultät.

Bericht für die „Vossische Zeitung“.

* **Heidelberg**, 6. August.

Gegen den bekannten Vorkämpfer des Pazifismus, Privatdozenten der Statistik Gumbel, haben die philosophische Fakultät und der Senat der Heidelberger Universität beschlossen, beim Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts den Antrag auf Entziehung der Venia legendi zu stellen.

Ueber die Vorgeschichte zu diesem ungewöhnlichen Beschluß ist bereits berichtet worden. Zusammenfassend ist zu sagen: Am 26. Juli hatte in der Heidelberger Stadthalle eine „Nie-wieder-Krieg!“-Kundgebung stattgefunden, bei der der Abgeordnete Ströbel und der französische Pazifist Professor Balmain sprachen. In seinem Schlußwort sprach Privatdozent A. Gumbel von den Toten des Krieges und brauchte dabei die unglückliche Redewendung, daß er sagte: „Die Toten des Weltkrieges sind, ich will nicht sagen, auf dem Felde der Unehre gefallen, aber doch eines gräßlichen Todes gestorben.“ Im unmittelbaren Anschluß daran forderte er die stark von Kriegsbeschädigten besuchte Versammlung auf, sich zum stillen und ehrenden Gedenken von den Sitzen zu erheben, was in würdiger Weise geschah.

Während die Versammlung ohne Mißton verlief, weil man in der Redewendung Gumbels keine Beschimpfung der Toten, sondern einen Protest gegen den Krieg erblickte, erhoben anderen Tages die deutschvölkischen Studenten großen Lärm. Eine Studentenversammlung verlangte am Tage nach der Friedenskundgebung mit 30 gegen 20 Stimmen die Entfernung des verhaßten Pazifisten von seinem Lehramt. Gumbel habe die Toten beschimpft und sich außerhalb des deutschen Volkes gestellt.

In einer Zuschrift an ein Heidelberger Blatt stellte Gumbel seinen mißverstandenen Ausdruck sofort in dem Sinne richtig, wie er auch von den meisten Versammlungsbesuchern von Anfang an aufgefaßt war, nämlich, daß er nicht die Gefallenen, sondern den Krieg als solchen unehrenhaft betrachte.

Trotzdem wurde Gumbel schon am 31. Juli vom badischen Unterrichtsministerium die Ausübung seiner Lehrtätigkeit untersagt. Die philosophische Fakultät leitete mit Zustimmung des Senats ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein und am Totengedenksonntag stellte sie den Antrag auf Entziehung der Venia legendi.

Sowohl von der demokratischen wie von der sozialdemokratischen Ortspresse sowie vom Heidelberger Zentrumsorgan ist Gumbel ausdrücklich zugebilligt worden, daß die rednerische Entgleisung keine bewußte Beleidigung in sich barg. Auch hatte Gumbel an den engeren Senat ein Schreiben gerichtet, worin er ausdrücklich und wiederholt sein Bedauern darüber ausspricht, daß er mit seiner Bemerkung, die ein Produkt des Augenblicks gewesen sei, Andersdenkende beleidigt habe. Außerdem hat der politisch neutrale Reichsbund der Kriegsbeschädigten an Gumbel ein Schreiben gerichtet, worin der Bezirksvorstand einstimmig erklärt, daß die Aeußerung Gumbels nicht als Beleidigung der Gefallenen oder der Hinterbliebenen angesehen werden könne, daß aber auch der Reichsbund mit Gumbel den Krieg als solchen auf das schärfste verurteile.

Es fällt in Heidelberg allgemein auf, daß die Universität in den Fällen der völkisch orientierten Herren Ruge und Lenard monatelang und jahrelang zur Untersuchung sich Zeit ließ, in diesem Falle aber in wenigen Tagen und sogar in einer Sitzung am Totengedenktag den Fall entschied. Nach der ganzen Entwicklung der Angelegenheit ist wohl damit zu rechnen, daß die Regierung dem Antrag der Fakultät nicht zustimmt und der Fall im Badischen Landtag zur Sprache kommt. Jemanden wegen einer rednerischen Entgleisung gleich mit der Versagung aus dem Amt zu strafen, erscheint als zu schwer, wenn man bedenkt, daß Geheimrat Lenard damals mit einem sehr gelinden Verweis davonkam, als er am Rathenau-Tage bewußt die deutsche Republik brüskierte. Richtiger wäre es gewesen, wenn der Rektor der Heidelberger Universität ein Disziplinarverfahren gegen die völkischen Studenten eingeleitet hätte wegen ihrer Anmaßung, die Entfernung eines Lehrers aus seinem Amte zu verlangen.

Gumbel hat den Krieg an der Front mitgemacht und ist verwundet worden. Seine Ankläger unter den Studenten drückten damals noch die Schulbänke!

K. S.

*

Nach einer Meldung in der „Neuen Badischen Landeszeitung“ hat das badische Kultusministerium die Suspendierung Dr. Gumbels aufgehoben, und zwar auf Grund seiner Erklärung, wonach er die rednerische Entgleisung bedauere. Der Landtag beschloß, einen kommunistischen Antrag zum Fall Gumbel einem Ausschuß zu überweisen.

Deutsche in der spanischen Fremden-Legion?

Aus einer Interpellation der Kommunisten, die soeben dem Reichstag vorgelegt wird, geht hervor, daß dreitausend deutsche Erwerbslose, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen (angeblich unter Verwendung von Ordnungspolizei oder als Hafenarbeiter in Hafenstädten) auf deutschen Boden von spanischen Agenten angeworben wurden, in der spanischen Fremdenlegion in Marokko eingestellt sein sollen. Sie hätten erschreckende Verluste gehabt, würden mit Gewalt zurückgehalten, und an einzelnen sei bereits die Todesstrafe wegen Fluchtversuchs vollstreckt worden. Der Leiter der Hamburger Anwerbungszentrale sei ein spanischer Vizekonsul. Die Regierung wird gefragt, was sie zu tun gedenke, um die Freilassung dieser Deutschen zu erwirken, die Werbungen in Deutschland zu unterdrücken und „die Mitschuldigen an dem Mord an deutschen Erwerbslosen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.“

Baden Sie Ihre Füße

nur noch in Kukirol-Fußbad.

Nur echt in Originalpackung mit Schutzmarke **Hahnenkopf mit Fuß.** Vorsicht vor scheinbar billigeren Nachahmungen.

der saftigen Trübnertöne spüren, so glauben wir sogar bestimmte Linien einer Spezialentwicklung zu verfolgen.

Immer, wenn man nach einer Pause hier vorspricht, findet man Neues von Belang. So jetzt, um nur ein Beispiel zu nennen, das entzückende Rokokoporträt der Gattin des Kurfürsten Karl Philipp (also des Erbauers des Mannheimer Schlosses), die eine Polin, eine geborene Prinzessin Lusomirska, war. Ein Franzose, Jean Raoux, hat das Bild gemalt, mit aller Noblesse und Sicherheit einer glänzenden Schulung. Man denkt an Pesne. O, diese Lusomirska muß es hinter den Ohren gehabt haben. Hast du auch aufgepaßt, Karl Philipp, wenn sich die zierlichen Flügel ihres Soubrettennäschens wie Nüstern bewegten? Wenn sie dies graue Seidenkleid trug, das der Praktikus Raoux so raffiniert wiedergab, hat vermutlich manchem Kammerherrn das Herz unterm Spitzenjabot gehämmert.

Von Zeit zu Zeit veranstaltet Lohmeyer kleine Leihausstellungen, wobei man erstaunt bemerkt, was noch heute, noch immer, in den alten Heidelberger Häusern sich verbirgt. Die jetzige bietet einen Kranz von fünfzig erlesenen Stilleben. Eine „Stilleben-Ausstellung“? Klingt ein bißchen langweilig, sagte ich mir zuerst. Es ist aber eine anziehende, liebenswürdige Sache geworden. Soll man glauben, daß sich in dieser kleinen Stadt eine ganze Serie ausgezeichneter niederländischer Arbeiten solcher Art, auch recht ungewöhnliche, wie ein „Gelehrtenstilleben“ von Pieter Potter, Paul Potters Vater, daß sich hier ein köstlicher Chardin, ein Frühstückstisch mit Hering — ein „Katerstilleben“ könnte man heidelbergisch sagen — und dergleichen verkrochen? Der poetisch-traumhaft aufsteigende „Myrthenbaum“ des alten Schmitt vertritt eine Gattung, die es sonst kaum gibt: das romantische Stilleben. Ein paar meisterliche Trübners bilden den modernen Ausklang.

Es ist ein Vergnügen, zu sehen, wie ein solches Museum dazu beiträgt, daß wir die Mannigfaltigkeit und Verzweigung der dezentralisierten Kultur unseres Volkes recht begreifen.

Beginn des Salzburger Kammermusikfestes. Aus Salzburg drahtet unser Sonderberichterstatter: Das zweite Kammermusikfest der Internationalen Gesellschaft für neue Musik hat gestern im großen Saale des Mozarteums in Salzburg seinen Anfang genommen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß die Idee der Gesellschaft sich durchgesetzt hat, so mußte der dichtgefüllte Saal dies dartun; und nicht würdiger konnte das Fest eingeleitet werden als durch den Hinweis des Präsidenten Edward Dent auf den soeben hingeschiedenen Meister Ferruccio Busoni, den die Welt und die internationale Kunst beklagt. Man kann die Haltung des ersten Programmes nicht anders als maßvoll nennen. Die Angst vor der Nationalität erwies sich als unbegründet, die Hoffnung der Reaktionäre auf Umkehr allerdings auch. Unter den Komponisten dieses ersten Abends taten sich zwei Deutsche, Kurt Weill mit seinem „Frauentanz“ und Heinrich Kaminski mit seinen freilich von Reger nicht unbeeinflußten geistlichen Liedern, hervor. Beide hatten der ausgezeichneten Sängerin Lotte Leonhard viel zu danken.

A. W.

Wie aus Salzburg ferner gemeldet wird, werden kommenden Sonntag französische Künstler im Rahmen des Kammermusikfestes ein Sonderkonzert mit der Devise „Moderne französische Musik“ veranstalten, das durch die Association Française d'Expansion et de Echanges Artistiques, Paris, organisiert ist.

Das nächste Tonkünstlerfest in Braunschweig? Wie uns aus Braunschweig gemeldet wird, soll dort im nächsten Jahre aller Voraussicht nach, das deutsche Tonkünstlerfest stattfinden. An der Kunst interessierte Kreise sind geneigt, die Veranstaltung finanziell sicherzustellen.

Professor Hubert Schmidt, der hervorragende Berliner Vorgeschichtsforscher, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Der Gelehrte war bis zum 1. April d. J., bis zur Ausführung des Gesetzes vom 8. 2. 24, Kustos bei den staatlichen Museen, denen er seit 1891 angehörte, und ist damals in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Er hat bei einer Reihe bedeutsamer Expeditionen fördernden Anteil gehabt. So war er Assistent bei Dörpfelds Ausgrabungen in Troja 1894 und vertiefte dort die Kenntnisse, die ihn befähigten, an Dörpfelds „Troja und Ilion“ mitzuarbeiten, und besonders den vorzüglichen Katalog der Berliner Schliemann-Sammlung zu schaffen. Später war er Assistent der Expedition Felix von Luschans in Sendschirli in Nordsyrien, und war Mitglied der Pumpellyschen Expedition in Russisch-Turkestan. Eigene Ausgrabungen hat er 1909-10 in Cacateni bei Jassy und 1917-18 in Montcoru bei Buzen in Rumänien unternommen. Für das Gesamtbild europischer Vorgeschichte, das er in einer Fülle von einzelnen Untersuchungen durchforschte, ist der Gelehrte auch als außerordentlicher Professor an der Universität tätig.

Aus den Theatern. Das Dramatische Theater hat als Spielleiter die Herren: Friedrich Neubauer, Adolph Rampelmann, Jul. E. Herrmann und Hermann Wlach verpflichtet. Es soll Ende dieses Monats mit Georg Kaisers „Gilles und Jeanne“ eröffnet werden.

Im Theater am Kurfürstendamm (Sommerdirektion) sind in der am Freitag stattfindenden Erstaufführung von Lothars Lustspiel „Der Werwolf“ die Hauptrollen besetzt mit Ida Wüst, Gretl Scherk, Asdor, Keller-Nebri und Tollen.

Marianne Alfermann, die frühere Koloratursängerin in der ehemaligen Königlichen Oper, hatte in Frankfurt (Main), wie uns gemeldet wurde, als Katharina von Rußland in „Das Weib in Purpur“ einen starken Erfolg mit ihrem Partner Erich Wirl.

Paul Henckels und Thea Grodtczinsky von der Volksbühne wurden an Reinhardts Wiener Theater in der Josefstadt verpflichtet und spielen im August die Hauptrollen in der Komödie „Schneider Wibbel“.

Heinrich Lilienfein hat sein neues Bühnenwerk „Die Erlösung des Johannes Parricida“, ein Mysterium in drei Akten, dem Deutschen Nationaltheater in Weimar zur Uraufführung übergeben.

Was geschieht für das Hilfsschulkind?

Verbandstag der Hilfsschulen.

Hannover ist in diesem Jahre die Stadt der Kongresse und Tagungen. Am 3. und 4. August sammelte auch der „Verband der Hilfsschulen Deutschlands" hier seine Mitglieder zum 10. Verbandstage. 26 Jahre sind verflossen, seit der Verband in Hannover im „Hause der Väter" von etwa 70 Hilfsschullehrern gegründet wurde. Jetzt zählt er mehr als 3000 Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands. Mehr als 500 Hilfsschullehrer und -lehrerinnen, Vertreter von staatlichen und kommunalen Behörden, Juristen, Aerzte und Geistliche aus allen Gegenden waren hier zusammengekommen. Denn das ist ja eines der wesentlichsten Verdienste des Verbandes, daß es ihm gelungen ist, immer weitere Kreise zu gewinnen, die den Schwachen am Geiste ihr Interesse zuwenden.

Hauptlehrer Egenberger-München behandelte in einem Vortrage „Die Ausbildung der Hilfsschullehrer": Die heilpädagogische Lehrerausbildung setzt die wissenschaftlich-pädagogische und pädagogisch-praktische Ausbildung sowie eine mehrjährige Tätigkeit in der Volksschule voraus. Die wissenschaftliche Ausbildung ist für alle Heilpädagogen gemeinsam. Für diese wird an der Hochschule eine besondere Einrichtung geschaffen. Sie umfaßt im wesentlichen Heilpädagogik, Psychopathologie und Psychiatrie. Die praktische Ausbildung erfolgt in engster Verbindung mit der Hochschule an den Unterrichtsanstalten und ist für die verschiedenen heilpädagogischen Berufszweige teilweise gemeinsam, zum Teil getrennt. Gemeinsam sind die klinischen Demonstrationen und Uebungen am abnormen Kindermaterial, sowie die Durchführung von Schüleruntersuchungen und das Hospitieren an heilpädagogischen Anstalten. — Getrennt erfolgt die methodisch-praktische besondere Berufsausbildung in den einzelnen heilpädagogischen Berufszweigen (Hilfsschule, Taubstummenanstalt, Fürsorge).

Zu der organisatorischen Einrichtung an der Hochschule wurde beschlossen: Neu zu schaffen ist nur die Professur für Heilpädagogik. Ihr stehen Dozenten anderer wissenschaftlicher Gebiete und Heilpädagogen zur Seite. Die Hochschule errichtet ein heilpädagogisches Institut. Die heilpädagogische Ausbildung schließt mit einer staatlichen Prüfung ab. Bis zur Verwirklichung der hochschulmäßigen heilpädagogischen Lehrerausbildung sollen mindestens einjährige Ausbildungskurse noch vorläufige Berechtigung haben. Diese finden am Sitze der Hochschule statt, die Vorlesungen und Uebungen für Heilpädagogik vorsieht.

In einem zweiten Vortrage behandelte Rektor Martini-Berlin „den Personalbogen". Er fordert ein besonderes einheitliches Schema des Schüler-Personalbogens für alle Hilfsschulen Deutschlands. Seine Gestaltung wird in erster Linie durch pädagogische Rücksichten bestimmt. — Der Personalbogen muß alle Bekundungen enthalten, die zur Beurteilung des Hilfsschulkindes als solches notwendig sind. Darum wirken an seiner Abfassung mit die Normalschule, der Schularzt und die Hilfsschule. — Der Personalbogen muß jede Bindung des Lehrers vermeiden. — Er gewinnt seinen vollen Wert nur durch sachgemäße Ausbildung. Die Versammlung erkennt in dem Berliner Bogen eine geeignete Grundlage für einen Einheitsbogen und beauftragt den Vorstand, eine Kommission zu bilden, die die endgültige Fassung des Personalbogens unter Zugrundelegung der Leitsätze und unter Berücksichtigung der eingegangenen Vorschläge herbeiführt. Ferner wird der Vorstand ermächtigt, das so gewonnene Schema als Verbandsbogen den einzelnen Landesorganen zur Einführung zu empfehlen.

Die Hauptversammlung fand im Festsaal des Alten Rathauses statt. Nach einleitenden Chorgesängen des Hannoverschen Lehrergesangvereins eröffnete Stadtschulrat Dr. Wehrhahn mit herzlichen Begrüßungsworten an die Vertreter der Behörden, Städte, der zahlreichen Hilfsschullehrerschaft und der Berufsfreunde des Auslandes die Tagung.

Den Festvortrag „Wo wir heute stehen" hielt Rektor Lesemann-Hannover. „In Ketten stöhnt meiner Mutter Volk, zum Himmel lohet die Not empor!" so leitete er ihn ein und „Möge aus ernstester Arbeit Frucht für unsere Schule der Segen uns fließen" war die Schlußhoffnung seiner philosophisch-pädagogischen Darlegung der Gegenwartsarbeit und -kraft. Gegenwartsaufgabe sieht er in der Schaffung eines Hilfsschulgesetzes, in der organischen Einordnung der Hilfsschule in die Grundschule, in der Gründung von Hilfsschulen in kleinen Gemeinden, in der Schaffung eines wissenschaftlich begründeten Aufnahmeverfahrens, aufgebaut auf die pathologischen Fehler der Hilfsschüler.

Dr. Hische, Direktor des Städtischen Psychologischen Instituts in Hannover, berichtete in interessanter und erschöpfender Weise über die Methoden und Ergebnisse der experimentellen Psychologie und ging besonders auf ihre Auswirkung auf die Untersuchung und Behandlung des Hilfsschulkindes ein. Er versuchte in das Problem der psychischen Untersuchung einzuführen, zeigte ihre Schwierigkeiten, und betonte besonders die Wichtigkeit und Zuverlässigkeit der Testprüfungsmethode. Seine Ausführungen wurden bei dem nachfolgenden Besuche des dem Vortragenden unterstellten psychologischen Instituts wesentlich vertieft.

Als letzter Vortrag stand die Lehrbuchfrage zur Tagesordnung. Fräulein Weinand, Hilfsschullehrerin in Essen, betrachtet das Hilfslesebuch als organischen Bestandteil des gesamten Hilfsschulunterrichtes. Für den Inhalt gelten alle Stoffe, soweit sie in ihrer Einfachheit, dem Hilfsschulkinde gemäß, in ihrem heimatlichen Charakter dem Hilfsschulkinde nahe und in einer künstlerischen Gestaltung dem Hilfsschulkinde zugänglich sind. In seiner Gestaltung muß sich beim Hilfsschullesebuch das kindertümliche Element mit dem künstlerischen verbinden. Darum muß es die Handlung in den Vordergrund rücken, rein Beschreibendes und Moralisierendes ist auszuscheiden. Das deutsche Volksgut verdient ausgiebige Berücksichtigung. Die Bindung an eine stoffliche Vollständigkeit des Hilfsschullesebuches besteht nicht, da es nicht Grundlage des Unterrichtes in der Hilfsschule ist, sondern seiner Ergänzung dient.

Die mit dem Verbandstage verbundene Hilfsschulausstellung zeigt Lehr- und Lernmittel, die von Lehrern allein oder unter Mithilfe der Schüler behelfsmäßig angefertigt sind. In einer besonderen Abteilung sind Lehrerarbeiten gesammelt, die Wege zur Erforschung des Wesens des abnormen Kindes zeigen.

Rektor Wilh. Schulz-Köpenick.

Beulenpest in Korfu.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Athen,** 6. August.

Der Gesundheitsdienst teilt den Blättern mit, daß fünf oder sechs Fälle von Beulenpest in Korfu festgestellt worden sind. In Patras verzeichnet man seit dem 22. Juli 41 Fälle, darunter sechs tödliche. Auch im Piräus sind einige Fälle gemeldet. Alle griechischen Häfen sind als seuchenverdächtig erklärt worden, und Quarantänen sind eingerichtet worden.

Von sieben Feldmarschällen gefordert. Sieben österreich-ungarische Generalfeldmarschälle haben den früheren preußischen Kriegsminister General von Stein zum Duell herausgefordert. Diese Generale stehen an der Spitze des Veteranen-Klubs. Der Grund zu dieser Herausforderung soll die Beleidigung des früheren Kaisers Karl durch General von Stein sein, der in seinen Memoiren als Tatsache hingestellt hat, daß Kaiser Karl bereit gewesen sei, Gelder von der Entente anzunehmen und daß er dadurch die Zentralmächte verraten habe und den Sieg der Entente ermöglichte. Unter den Herausforderern befinden sich Feldmarschall Krobatin, General Georgi, Feldmarschall Baron Czapp und General von Lehar. Auf die Duellforderung hin gab General von Stein eine Erklärung ab, worin er sagte, daß er in der nächsten Ausgabe seiner Memoiren diesen Absatz zurückziehen werde; darauf erklärte General von Lehar, daß damit das Gedächtnis Kaiser Karls gereinigt sei, und daher auf die Duellforderungen verzichtet würde. — General von Stein war immer schon eine Säule der Deutschnationalen, die mit unberechtigten Vorwürfen gegen andere mit einer verdächtigen Eile stets zur Hand sind.

Automobilunglück in Oldenburg. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich letzte Nacht bei Rüstringen im nördlichen Oldenburg. Ein mit vier Personen besetztes Automobil konnte eine Kurve nicht richtig nehmen und stürzte, sich überschlagend, in den Graben neben der Straße. Zwei Personen, der Geschäftsführer Ulisch, der das Auto führte, und der Schornsteinfeger Kummer, wurden unter dem Auto begraben und sind tot.

Guernut über Herriot und den Block der Linken. Im Rahmen einer öffentlichen zwanglosen Unterhaltung, die gestern im Sozialwissenschaftlichen Club stattfand, führte der Generalsekretär der französischen Liga für Menschenrechte, Henri Guernut, folgendes aus: Die Stellung Herriots könne als sehr solide in der heutigen politischen Konstellation Frankreichs angesehen werden; auch der etwas nach rechts neigende Senat werde ihn nicht in absehbarer Zeit stürzen wollen, und werde es übrigens der Tradition nach auch gar nicht können, da der nicht rein demokratisch gewählte Senat hierzu nicht recht eigentlich befugt und befähigt sei. Die zerstörten Gebiete sind, soweit es sich um die Industriellen und die Fabriken handelt, wieder aufgebaut. Dagegen sind die kleinen Wohnungen für die Arbeiter größtenteils noch nicht wieder hergestellt. Frankreich, das viel für den Wiederaufbau getan hat, hofft hier noch auf Deutschlands Hilfe. Die Liga für Menschenrechte habe kein geringes Verdienst darum, daß bei den letzten Wahlen in Frankreich der Block der Linken gesiegt habe. Sie gebe nämlich den linken Parteien, den Linksrepublikanern, Radikalen und Radikalsozialisten das gemeinsame Prinzip: das Prinzip der Gerechtigkeit. Die Liga trete ein für Gerechtigkeit im Wahlrecht — daher verlangt sie Abschaffung des nicht durch gleiche Wahl zustandegekommenen Senats; für Gerechtigkeit in der politischen Betätigung von Mann und Frau — daher fordert sie Frauenstimmrecht. Sie trat für Dreyfus ein aus dem Motiv der Gerechtigkeit, und ist für Gerechtigkeit im Verkehr der Völker zwischen einander. Poincarés, des Grenzbewohners, Politik, erkläre sich typisch aus dem Mißtrauen jedes Bewohners eines Grenzgebietes gegen den Nachbarn. Herriot sei ein Mann des Volkes. Er habe die Politik des Vertrauens an die Stelle des Mißtrauens gesetzt. Alle Angehörige der französischen Liga für Menschenrechte seien für Räumung des Ruhrgebietes. Für praktisch halte er, Guernut, es, wenn diese Räumung Zug um Zug geschehe, sodaß immer einem freundlichen Akt von der einen Seite ein freundlicher Akt von der anderen Seite entspreche.

H. F.

Mord in Braunschweig. Die Ehefrau des Gemeindevorstehers Siemann in Wobeck bei Braunschweig ist von einem Handwerksburschen ermordet worden. Anscheinend handelt es sich um einen Lustmord. Die Tat wurde ausgeführt, als die Frau von Bekannten heimkehrte. Der Mann der Ermordeten war zurzeit der Tat verreist. Der Mörder hatte am Tage zuvor, als er an der Haustür Nahrung und Quartier begehrte, Aufnahme gefunden. Auf die Ermittlung des Täters hat die Polizeidirektion Braunschweig eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Reichstarifvertrag im Baugewerbe abgelehnt. Der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums über den Reichstarifvertrag für das deutsche Baugewerbe ist laut „Bauwelt" von Arbeitern und Unternehmern abgelehnt worden. Die wichtigste Bestimmung des Manteltarifs war die Festsetzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 52 Stunden in den Sommermonaten, auf 42 Stunden in den Wintermonaten und auf 48 Stunden im Frühjahr und Herbst. Nachdem eine Einigung nicht zustande gekommen ist, gelten fortan die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung, da die örtlichen Lohnabkommen der Baufacharbeiter häufig noch Wochenarbeitszeiten von nur 45½ bis 46½ Stunden vorsahen.

Der falsche Rebsdat. Mit dem Raubmörder Rebsdat verwechselt und schwer angeschossen wurde in der vergangenen Nacht der 29 Jahre alte Weinküfer Zwirki aus der Kastanienallee. Gegen 2½ Uhr ging der Gärtner Rudolf Vork aus der Christburger Straße angetrunken durch die Prenzlauer Allee und sah vor dem Hause 52 auf einer Bank einen Mann sitzen, in dem er den gesuchten Raubmörder Rebsdat zu erkennen glaubte. Er ging an ihn heran, schob ihm die Mütze aus der Stirn und erklärte ihm, daß er Rebsdat sei. Der Mann, in dem später Zwirki festgestellt wurde, verbat sich das. So gerieten die beiden in Streit. Zwei Beamte der Schutzpolizei die dazu kamen, überzeugten sich, daß Vork sich irre, trennten die Streitenden und gingen weiter. Gleich darauf hörten sie einen Schuß fallen. Vork war in der Meinung, daß der Mann auf der Bank doch Rebsdat sei, wieder umgekehrt. Wie er sagt, um ihn nicht entweichen zu lassen, gab er aus seiner Pistole einen Schuß auf ihn ab und traf ihn dicht unter dem Herzen in die Brust so schwer, daß er von der nächsten Rettungsstelle ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die beiden Schupobeamten nahmen Vork fest und brachten ihn nach der Wache.

Wahlniederlage der Kommunisten. Bei den Wahlen der Ortsverwaltungen des Metallarbeiterverbandes in Jena und Arnstadt haben die Kommunisten nacheinander zwei bemerkenswerte Niederlagen erlitten. Mit beträchtlicher Mehrheit wurde in diesen Orten, die bisher eine kommunistische Mehrheit hatten, die Liste der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung gewählt.

Vorortbahn Berlin—Bernau elektrisch. Die Arbeiten für die Elektrisierung des Berliner Vorortverkehrs sind soweit gediehen, daß am Freitag nachmittag die erste Vorortstrecke mit elektrischem Betrieb eröffnet werden kann. Es handelt sich um die Linie Berlin—Bernau. Am Vormittag wird die Reichsbahndirektion einem Kreise geladener Gäste die Anlagen der elektrischen Zugführung auf dieser Strecke unter sachkundiger Führung zeigen.

Deutschlands „Heldensöhne". Wir erhalten von einem anerkannten Wissenschaftler die folgende Zuschrift: „Gestatten Sie, daß ich durch Ihr geschätztes Blatt der Oeffentlichkeit einen Vorfall mitteile, der zwar nicht zu den ungewöhnlichen zählt, aber doch zeigt, wie verroht bereits ein Teil unserer studierenden Jugend ist. Ich bin 65 Jahre alt und nahezu erblindet. Gestern in später Nachmittagsstunde führte mich mein Sohn in den Tiergarten, um mir die Wohltat eines Spaziergangs im Freien zu gewähren. Auf dem Heimweg gingen wir an der Technischen Hochschule vorbei, wo uns drei mit Hakenkreuz geschmückte Jünglinge, aus der Technischen Hochschule kommend, begegneten und unflätige Schimpfworte zuriefen. Auch das schöne Lied: „Hakenkreuz am Stahlhelm" fehlte nicht dabei. Die tapferen deutschvölkischen Jünglinge wollten offenbar eine Schlägerei provozieren, aus der sie, drei gegen einen — denn in meiner Hilflosigkeit zählte ich nicht mit — siegreich hervorgegangen wären. Wir zogen aber vor, uns von den tapfern Jüngern der Wissenschaft verfolgen zu lassen, bis wir in die Hardenberg-Straße kamen. Dort, wo wir Hilfe von den zahlreichen Passanten erwarten konnten, verschwanden die drei Helden. Hat man in Deutschland eine Ahnung davon, welchen materiellen und moralischen Schaden das deutsche Volk durch solche Roheiten erleidet? Wie urteilt man in der ganzen gesitteten Welt über derartige Vorkommnisse?"

Blutige Krawalle in Greifswald.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

* **Greifswald,** 5. August.

Zu ernsten Zusammenstößen kam es gestern in Greifswald anläßlich einer vom Gewerkschaftskartell und Internationalen Bund veranstalteten „Nie-wieder-Krieg-Kundgebung". Schon Tage vorher hatte die Rechtspresse Greifswalds unerhörte Drohungen ausgestoßen und die Bürgerschaft zu offener Gewaltanwendung aufgefordert. Die Erregung in der Arbeiterschaft und darüber hinaus in allen besonnenen republikanischen Kreisen Greifswalds war dadurch aufs Höchste gestiegen. Sie wurde noch verschärft, als unter dem Drucke der vaterländischen Verbände der Wirt in letzter Stunde den Friedensfreunden den Saal verweigerte. Durch Vermittlung der Polizeibehörde wurde dieser dann freigegeben.

Gleich zu Beginn der Versammlung wurden Stinkbomben geworfen. Als dann der Vorsitzende herzliche Begrüßungsworte an den in Vertretung des erkrankten Dichters Henry Barbusse erschienenen Pariser Abgeordneten Gauthier richtete, begann ein Höllenlärm der völkischen Studenten. Im Nu war ein Handgemenge da. Stühle flogen durch die Luft, Fensterscheiben zersplitterten, Messer blitzten auf. Da griff die Sipo mit blanker Waffe ein und säuberte mit anerkennenswertem Schneid in kurzer Zeit den Saal von den völkischen Radauhelden. Den Verletzten wurde von Arbeitersamaritern die erste Hilfe zuteil. Die Polizeibeamten hatten eine Menge von Gummiknütteln und Schlagringen beschlagnahmt.

Nach diesem Großreinemachen konnte die Versammlung in Ruhe zu Ende geführt werden. Die Völkischen konnten aber ihre Niederlage nicht verschmerzen. Sie machten sämtliche erreichbaren Gesinnungsgenossen mobil und versuchten wieder in den Saal einzudringen. Inzwischen war auch für die Schutzmannschaft Verstärkung aus Stralsund eingetroffen. Der anrückende Haufe der völkischen Helden wurde sofort von der Sipo in Empfang genommen und im Garten der Stadthalle so lange interniert, bis die Versammlung ihren Abschluß gefunden und die weit über 1200 Teilnehmer das Lokal verlassen hatten. Eine Anzahl Studenten, die sich den Anordnungen der Polizeibeamten widersetzten, wurde in Haft genommen. Eine große, erregte Menschenmenge durchwogte noch bis in die Nacht hinein die Straßen Greifswalds, so daß starke Kräfte berittener Schutzmannschaften zur Säuberung eingesetzt werden mußten. Auch dabei ist es noch mehrmals zu Zwischenfällen gekommen. Es ist einwandfrei erwiesen, daß der Ueberfall von studentischer Seite planmäßig vorbereitet war.

Sebastian.

Deutsche Leichtathletik-Meisterschaften

Sonntag, 10. August. Wieder hat der Vormittag das Nachmittagsprogramm vorzubereiten. Nur eine Entscheidung fällt im Damen-Hochsprung, der anscheinend Heister-Wilhelmshaven mit ihrer letzten Glanzleistung von 1,47 Meter zufallen wird.

Der Nachmittag aber bringt Treffen auf Treffen, so interessant, daß wir sogar einen Ausflug zum Stettiner Preußenplatz von weiterher verstehen würden. Schon die zweite Sprintstrecke der 200 Meter gibt ein lebendiges Bild: Houben, der Verteidiger, stark bedrängt von Körnig, Hintze-Terest, Apfel-Mannheim und weiteren 15 Bewerbern. Troßbach-Frankfurt a. M. verteidigt auch die 110-Meter-Hürden. Wer sollte ihm nach den bisherigen Zeiten nahekommen? Der 400-Meter-Lauf! Renell-Berlin hat ihn zu verteidigen. Nach seiner bisherigen Form wird er ihn, trotz der Pariser Erfahrungen, an Schmidt-Teutonia-Berlin oder einen der Westdeutschen abgeben müssen. Auch die 1500 Meter hat Peltzer zu verteidigen. Zu den schärferen Gegnern der 800 Meter gesellen sich nur noch Böcher-Siegen und Leute der Münchener Rekordstaffel. Er sollte also hier zum dritten Meisterschaftserfolg hintereinander kommen. Die lange Strecke der 10 000 Meter sieht wieder Bedarff als Verteidiger. Auch hier hat er leider keinen Konkurrenten, was sein Berliner Meilenlauf in Rekordzeit beweist. Im Speerwerfen trifft der neue Rekordhalter und Meisterschaftsverteidiger Lüdecke-Berlin auf den alten Rekordmann Buchgeister — jetzt Freiburg. Zwischen beiden sollte das Ende liegen, trotz des guten jungen Nachwuchses. Im Kugelstoßen fehlt leider der Verteidiger und Rekordinhaber Wenninger-Pirmasens. So werden sich Haymann-München und Hänchen-Berlin ein- wie beidarmig zur Bestleistung hochtreiben. Während das Kugelstoßen mit nur vier Teilnehmern am schwächsten besetzt ist, hat der schwierige Stabhochsprung neun Kandidaten gefunden. Der Verteidiger Lehniger-Charlottenburg hat hauptsächlich Bleise-Berlin und Reeg-Frankfurt zu fürchten. Wieder liegt am Schluß eine interessante, vielbegehrte Staffel, die 4×100-Meter-Staffel, die die Frankfurter Eintracht wohl mit Erfolg verteidigen kann. Doch kann der S.-C. Schlesien eine Ueberraschung bringen.

R. W.

Ruhleben.

Donnerstag, 7. August, 3 Uhr.

1. Margot I — Pupille.
2. Dawson Watts — Kinostern.
3. Invasion — Natter.
4. Fahrt Großmann — F. Treuherz.
5. Fahrt J. Mills — Armida I.
6. Johanniskäfer — Teufelsbart.
7. Copal — Fahrt Grube.
8. Gestüt Höflein — Wasserfall.
9. Fahrt Großmann — Doritha.

Wetteraussichten für Berlin und Reich. Trocken und zeitweise heiter bei wenig geänderter Temperatur und anhaltenden Westwinden.
Zunächst überall ziemlich heiter und warm, später im Westen neue Trübung.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln.
Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 371 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Mittwoch, 6. August 1924, abends

Vorwiegend schwächer.

Nur Montanwerte gut behauptet.

An der heutigen Börse neigte die Tendenz fast durchweg eher zur Schwäche. Diese Verstimmung ging aus vom Markt der heimischen Renten, an dem recht erhebliche Kurseinbußen zu verzeichnen waren. Weniger die Erklärung der Reichsregierung, daß sie an den Käufen keineswegs beteiligt ist, als vielmehr die Tatsache, daß die beiden Hauptkäufer an der gestrigen Börse heute nicht unbeträchtliche Abgaben vornahmen, waren das Motiv der Schwäche. So gab Kriegsanleihe bis auf 560 nach, konnte sich später allerdings wieder vorübergehend bis auf 610 befestigen, schwankte aber schließlich um 580—590. Die 4proz. Reichsanleihe verlor 300, die 3½proz. 125 und die 3proz. 100. Von Preuß. Konsols gaben die 3½proz., die gestern zeitweise bis auf 2400 gestiegen waren, heute vorübergehend bis auf 1500 nach, schwankten später allerdings wieder um 1700—1750. Die 4proz. nannte man mit 1500 und die 3proz. mit 1800. Auf Grund dieser Vorgänge wurden auch die Märkte der Dividendenpapiere in ihrer überwiegenden Mehrzahl schwächer. Die teilweise recht beträchtlichen Abgaben wurden vielfach darauf zurückgeführt, daß sich weite Kreise in den letzten Tagen am Rentenmarkt stark übernommen hätten und zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu Effektenabgaben gezwungen seien. Aber auch in bezug auf die Londoner Konferenz ist die Börse im Augenblick nicht allzu optimistisch, wenn man auch durchaus der Auffassung ist, daß letzten Endes das Ergebnis der Konferenz einigermaßen befriedigend ausfallen werde.

Eine besser behauptete Haltung wies der Montanmarkt auf. Hier konnten immerhin Mannesmann 3, Hoesch Stahl 1½, Gelsenkirchener Bergwerk 1½, Dt. Lux 1¼ und Phönix 1 anziehen. Die Verluste hielten sich dagegen durchweg unter 1, nur Klöcknerwerke — 1.

Am Kalimarkt mußten Dt. Kali ihren gestrigen Gewinn wieder hergeben (— 2¼). Von chemischen Werten büßten Oberkoks 1¾ und Anglo Guano 1 ein, während Chem. Griesheim 1 anzogen.

Am Elektromarkt waren Bergmann — 1, Siemens Halske + 1. Waggonwerte ruhig. Von Maschinenfabrikaktien verloren Augsburg-Nürnberg, Gebr. Böhler und R. Wolf je 1. Metall-, Werft- und Spritaktien besser gehalten. Unter Textilwerten Stöhr — 1¼ und von Papieraktien Aschaffenburger Zellstoff — 1¾. Von den sonstigen Industriewerten sind Basalt mit einem Gewinn von 1 zu erwähnen. Am Petroleummarkt wurden große Abgaben einer Berliner Privatbank beobachtet, so daß der Kurs von Dt. Erdöl um 1½ nachgab. Dt. Petroleum gewannen demgegenüber ½. Sehr schwach lag der Bahnenmarkt.

Am Bankenmarkt verloren Reichsbank 1¼. Die übrigen Werte besser gehalten. Unter ausländischen Renten war lebhaftes Geschäft in Türk. Bagdad I und II, die um 1¼ bzw. um ⅞ anziehen konnten. Auch Zolltürken (+ ¾) waren begehrt. Tehuantepec gewannen ½.

Am Markt der Sachwertanleihen machte sich allgemein eine festere Tendenz bemerkbar. Roggenwertanleihen gewannen durchschnittlich 5—10 pCt.

Der Markt der unnotierten Werte zeigte bei stillem Geschäft kaum veränderte Haltung. Man nannte u. a. Glückauf 1,5, Ostd. Spedition 80, Thür. Uhren 1,1. Weiter notierten:

Notierungen in Billionen Prozent.

	6. 8.						
		Dt. Lastanto	1,25	Ifa	0,20	J. Roth AG.	3,375
Adler Kohle	9,50	Dt. Petrol.	14,875	Kab. Rheydt	5,50	Ruhland W.	1,60
Agema	0,275	Dortm. Cem.	0,45	Koch Schiff	—	Schebera	1,35
AG. f. Petr.-I.	4,00	DuxPorzell.	38,00	Krügersh.	4,50	Schls.-Trier	—
Allemania	0,50	Elektr. Osm.	0,30	Kurs. Brk.	0,70	Schwerdtfg.	2,75
A. Hochbau	1,25	Evaporator.	0,60	Lerche&Nip	0,30	Jul. Sichel	5,00
Alth. Amb. F.	—	Fraurth. Pz.	10,50	Lloyd-Dyn.	2,75	Stock & K.	0,20
Bayersw. Hz	0,95	Frist. &Ross	95,00	Manoli Zig.	0,60	StoewerMot.	4,50
Beck. Kohle	5,75	Getreide-C.	28,00	Martins&Bl.	0,045	Stralau Glas	11,00
BeckerStahl	1,75	Glückauf B.	1,50	Meurer	0,10	Technik	—
Benz	3,50	Görlitz. Ztrf	0,125	MeyerTextil	0,40	Terra-Film	0,575
Bln.-Halbet.	0,15	Grade-Auto	0,225	Muldenthal	0,120	Thür. Uhren	1,10
Brand. Futt.	—	Grade-Mot.	1,05	Müll. Kaffee	0,55	Tiag	0,40
Brown Bov.	1,25	Großkr. Fr.	3,25	Nation. Film	0,575	TriererWlz.	12,00
Buciag	—	Hannov Kali	14,50	N. Boden Vz	0,25	Tuchsch. Hlz	—
* C. Hisp arg	288,00	Hasse & Co.	0,65	Nicolai Tab.	0,70	Ufa	6,25
* do. span.	288,00	Heldburg	31,00	Nienbg. Eis.	0,825	Ummendorf	0,80
* do. Aktien	1274,5	Hintz Grün.	0,15	NiwelZigar.	0,020	Vema	—
Chem. Hahn	0,08	Hochfrequ.	6,75	Oehring. Bg.	—	Vogtldr. &S.	—
Chem Lübbe	0,15	Holsatia	0,45	Olea	3,00	Warenkrbk.	—
Dauerwsch.	0,10	Holzm. Glas	0,60	OswaldFilm	0,10	Zehlend.-W.	3,00
Dt. Chem. W	0,15	Huttenloch	0,55	Pose	0,450	Zeitz. chem.	6,25
Dt. Wid. u. H.	0,13	Ibag	0,325				

* In Mark per Stück.

*

Am offenen Geldmarkt war die Lage wenig verändert, die Flüssigkeit hält an. Tägliches Geld nannte man mit ⅜—⅝ per Mille und Monatsgeld mit ca. 1½ pCt.

*

Frankfurter Börse.

Auf dem Anleihemarkt herrschte heute wieder lebhaftes Treiben bei sehr fester Haltung. Kriegsanleihen anfangs 0,55, später 0,61. Preußische Konsols anfangs 1,70, später 1,90, Zwangsanleihe 0,026, später 0,032. Die übrigen Gebiete waren vernachlässigt, doch war auch für Industriewerte die Haltung fest.

Hamburger Börse.

An der heutigen Börse folgte der lebhaften Haussestimmung der letzten Tage ruhiges Geschäft. Der Anleihemarkt gab seine unnatürlich feste Haltung auf und zeigte ruhige Tendenz. An den Aktienmärkten war die Haltung geteilt; Kursniveau im allgemeinen gut behauptet. Schifahrtswerte uneinheitlich, Paketfahrt + 0,25, Hamburg Süd + 0,5, Nordd. Lloyd + 0,2, dagegen Dtsch. Austral und Kosmos — 1 pCt. Eisenbahnwerte still und gut behauptet. Werften befestigt.

Starke Zahlungsmittelansprüche. Wie bei den letzten Monatsschlüssen, ergaben sich zum Ultimo Juli sehr beträchtliche Ansprüche an Zahlungsmitteln an die Reichsbank, die wiederum nicht durch neue Kreditanforderung, sondern im wesentlichen durch Abhebung vorhandener Giroguthaben befriedigt wurden. Nach dem Bankausweis vom 31. Juli sind an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen 376,7 Trillionen M. neu in den Verkehr gelangt. Der Banknotenumlauf wuchs nämlich um 201,5 Trillionen M. auf 1211 Trill. M., der Rentenmarkumlauf um 175,2 auf 1803 Millionen Rentenmark. Den Abhebungen von Rentenmark entsprechend gingen die ausgewiesenen Bestände der Bank an Rentenbankscheinen auf 268 Millionen Rentenmark zurück. Die fremden Gelder verminderten sich im ganzen um 317,3 auf 743 Trillionen M. Die Anlagekontenzeigten demgegenüber keine erheblichen Bewegungen. Während sich die Papiermarkwechsel- und Lombardbestände um 6,5 auf 838,3 Trillionen vermehrten, nahmen die Rentenmarkkredite im Wechsel- und Lombardgeschäft um 12,3 auf 1022,5 Millionen Rentenmark ab; von diesem Rückgang entfallen 1,1 Millionen Rentenmark auf die Weiterbegebung von Rentenmarkwechseln, womit die Gesamtsumme der auf diesem Wege der Wirtschaft zugeführten Beträge auf 83,6 Millionen Rentenmark gestiegen ist. Für die gesamte Kapitalanlage ergab sich eine Abnahme um 5,9 auf 1937,1 Trillionen M. Der Goldbestand hat sich durch Umwandlung eines Devisenbetrages in Gold im Auslande um 6,3 auf 484,3 Millionen Goldmark erhöht. An Scheidemünzen flossen 5,2 Trillionen im Verkehr, so daß der Scheidemünzenbestand auf 26,1 Trillionen M. sank. Der Bestand an Darlehnskassenscheinen ist mit der weiteren Abdeckung der Ausleihungen der Reichsdarlehnskassen auf 0,5 Trillionen M. zurückgegangen.

Keine Anleihekäufe der Regierung.

Die Aussichtslosigkeit der Aufwertung.

Die Meldung, wonach eine amtliche Erklärung der Reichsregierung über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen bevorstände, trifft, wie wir hören, nicht zu. Die Reichsregierung und insbesondere das Reichsfinanzministerium sind der Auffassung, daß von ihnen aus oft genug auf die Aussichtslosigkeit der Aufwertung der öffentlichen Anleihen hingewiesen worden ist. Auch jetzt hält die Reichsregierung daran fest, daß eine Aufwertung ganz unmöglich sei. Insbesondere treffe es nicht zu, daß von der Reichsregierung Reichsanleihen an der New Yorker Börse zurückgekauft worden seien.

Ebenso wird von der preußischen Regierung dementiert, daß preußische Anleihen an inländischen oder an ausländischen Börsen von der Regierung zurückgekauft würden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die preußischen Anleihen ohnehin keinen bedeutenden Umfang mehr haben, da der größte Teil der preußischen Staatsanleihen, nämlich die Eisenbahnanleihen, beim Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich vom Reich mit übernommen worden sind. Preußen haftet für den Zinsendienst dieser Anleihen nur noch sekundär. Ueber die Aufwertung der noch bestehenden preußischen Staatsanleihen haben bisher Regierungsbesprechungen nicht stattgefunden, jedoch wird seitens der preußischen Regierung kategorisch erklärt, daß an eine Aufwertung nicht zu denken sei.

Auslandsbesuch in der Lindström-Generalversammlung. Die heutige o. G.-V. der Carl Lindström A.-G. erhielt ihr besonderes Gepräge durch die Anwesenheit des Vorbesitzers und Mitbegründers der Gesellschaft, Otto Heinemann, der kurz vor Kriegsausbruch nach Amerika gegangen war und dort die General-Phonograph-Company ins Leben gerufen hat. Dieses Unternehmen, das heute eines der bedeutendsten amerikanischen Werke seiner Art darstellt, steht mit Lindström in engster geschäftlicher Verbindung, und, wie der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Generalkonsul Marx, in seinen Begrüßungsworten ausdrückte, gereicht diese Verbindung dem Lindström-Konzern zu größtem Vorteil. Weiter war in der G.-V. anwesend Direktor Martin Rosenbaum, der die Lindström-Filiale in Buenos Aires leitet und dort ebenfalls einer der besten Einnahmequellen des Lindström-Konzerns vorsteht. Die Papiermarkbilanz per 31. Dezember 1923 wurde debattelos genehmigt und Vorstand, sowie Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erteilt. Das ausscheidende Aufsichtsratsmitglied Jakob Goldschmidt wurde wiedergewählt und für den ausscheidenden Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht Dr. Julius Caspar, Griechischer Generalkonsul in Hannover, neugewählt. Die ersten Monate des laufenden Jahres sind, wie ausgeführt wurde, sehr gut verlaufen. Das Geschäft flaute dann, wie alljährlich im Sommer, ab, und es mußten, wie überall, Einschränkungen vorgenommen werden. Augenblicklich machen sich Anzeichen für eine Geschäftsbelebung bemerkbar, jedoch hängen die weiteren Aussichten naturgemäß von der Entwicklung des Geldmarktes und der politischen Lage ab.

Goldumstellung im Magdeburger Versicherungsgewerbe. Bei der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft soll das Aktienkapital, das zurzeit 50 Mill. Goldmark beträgt und mit 25 pCt. eingezahlt ist, auf 3,6 Mill. Goldmark, voll eingezahlt, umgestellt und um 14 000 Stammaktien zu je 100 Goldmark auf 5 Mill. Goldmark erhöht werden. Die jungen Aktien nehmen zur Hälfte an der Dividende von 1924 teil und sind voll einzuzahlen. Die Begebungsmodalitäten bestimmt G.-V. — Bei der Magdeburger Rückversicherungs-A.-G. ist das gegenwärtig 19,5 Mill. M. betragende Aktienkapital auf 1,3 Mill. Goldmark herabgesetzt worden, sodann um 17 000 Stammaktien zu je 100 Goldmark auf 3 Mill. Goldmark erhöht worden. Die jungen Aktien nehmen ab 1. Juli 1924 am Gewinn teil und sollen mit 25 pCt. eingezahlt werden. — Endlich wird bei der Magdeburger Hagelversicherungsgesellschaft Zusammenlegung von gegenwärtig 15 Mill. M. auf 200 000 Goldmark und Wiedererhöhung um 2 Mill. M. auf 2,2 Mill. Goldmark durch Ausgabe von 10 000 Stammaktien zu je 200 Goldmark stattfinden, die ab 1. Juli 1924 dividendenberechtigt sind und mit 25 pCt. eingezahlt werden sollen.

Spinnerei und Weberei Pfersee. G.-V. beschloß, aus Reingewinn 214 595 Bill. M. Dividende 5 Goldmark für die Aktie zur Verteilung zu bringen. Weiter genehmigte Versammlung Goldmarkeröffnungsbilanz, die Umstellung Aktienkapitals von 16 Mill. Papiermark auf 3,2 Mill. Goldmark vorsieht. Die Aktien werden im Verhältnis von 5 : 1 zusammengelegt.

Berliner Produktenverkehr.

Infolge der starken Rückschläge an den gestrigen amerikanischen Börsen war auch die Haltung der Berliner Produktenbörse abgeschwächt. Das Angebot in Brotgetreide, namentlich aber in Roggen hat sich vermehrt, so daß nicht alle Posten neuer Ware glatte Unterkunft fanden. Auch in Weizen ist neues Material auf den Markt gekommen, das gleichfalls zu etwas niedrigeren Preisen gehandelt wurde. Desgleichen ist das Mehlgeschäft ruhiger geworden, so daß Ware unter den gestrigen Notierungen angeboten wird. Dagegen hat sich Hafer behauptet

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 6 August
Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches
Getreide und Oelfrüchte je Tonne alle übrigen Artikel je 100 kg

Produkte	heute	Vortag	Produkte	heute	Vortag
Weizen, märk.	186 191	188—193	Vikt.-Erbs	22,00—24,00	24,00
pomm	—	—	Kl. Speise	15,50—17,00	15,50—17,00
schles.	—	—	Futtererbs.	14,00—15,00	14,00—15,00
Roggen märk	—	140—147	Peluschken	13,00—14,00	14,00
pomm.	137—144	—	Ackerbohn	13,00—15,00	13,00—15,00
meckl.	—	—	Wicken	14,00—16,00	14,00—15,00
westpr.	—	—	Lupin. blaue	8,50—9,00	—
Gerste Brau-	172—182	172—182	do. gelbe	17,00—18,00	17,00—18,00
Futter-	166—174	166—174	Serradella	8,00—10,00	-
Hafer märk	154—163	155—164	Rapskuchen	11,50	11,50
pomm.	—	—	Leinkuchen	20,00—21,00	20,00—21,00
Mais loko Berlin	—	—	Trocken-		
waggonfr. Hamb	—	—	schnitzel	9,50—9,60	9,50—9,60
Weizenmehl	25,25—28,25	25,25—28,25	Vollw. Zuck.		
Roggenmehl	21,00—23,25	21,25—23,50	Schnitzel	20,00—21,00	20,00—21,60
Weizenkleie	10,60	10,50	Kartoffel		
Roggenkleie	10,20	10,20—10,40	flocken	23,00—24,00	23,00—24,00
Raps	280—285	280—285	Torfmelasse		
Leinsaat	400—410	390—395	Mischg. 30/70	6,60—6,70	6,40—6,60

Tendenz Weizen, Roggen matter, Roggenkleie, Raps stetig, Hafer, Mehl ruhig, Weizenkleie, Leinsaat fest.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in Billion. M)		6. August	5. August
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinigung f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)		128,25	126,00
Originalhüttenrohzink (Preis des Zinkhüttenverb.)		—	—
Notierung d. Berl. Metallbörse: Raffinadekupfer, 99-99,3 pCt. f. 1 kg in Billion M		1,13—1,15	1,12—1,14
Originalhüttenweichblei	do.	0,60—0,62	0,60—0,6[illegible]
Hüttenrohzink, Preis im freien Verk	do.	0,58—0,60	0,58—0,6
Remelted Plattenzink	do.	0,50—0,52	0,50—0,52
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	do.	2,20—2,30	2,20 2,30
do. do. in Walz- od. Drahtbarren	do.	—	—
Banka-, Strait-, Austral-Zinn	do.	4,95—5,05	4,80—4,90
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	do.	4,85—4,95	4,70—4,80
Reinnickel	do.	2,30—2,40	2,30—2,40
Antimon-Regulus	do.	0,66—0,68	0,[illegible]5—0,67
Silber in Barren ca. 900 fein	do.	91,00—91,05	90,75—91,25

Devisen-Bewegung.

Erhöhter Bedarf in französischen Franken.

Gegenüber der gestrigen Stagnation des Devisengeschäftes war heute eine gewisse Belebung festzustellen. Immerhin hielt sich das Geschäft noch immer in recht engen Grenzen. Die Anforderungen, die zum großen Teil aus Kreisen der Industrie und auch des Getreidehandels stammten, waren relativ gering. Es wurden ungefähr angefordert 150 000 Doll., 60 000—70 000 Pfund. Bemerkenswerter Bedarf machte sich in französischen Franken geltend.

Im Usancenverkehr stellte sich die Entwicklung des Franken folgendermaßen: London gegen Paris setzte mit 82,15 ein, um später bis auf 81 zurückzugehen. London gegen New York begann mit 4,45½—4,46½—4,47. Die Mark wurde aus dem Auslande meist etwas schwächer gemeldet: Zürich 1,27, Amsterdam 61,25, London 18,70.

Am Notenmarkt war das Geschäft etwas lebhafter, und zwar entwickelte sich namentlich in österreichischen Noten einiges Geschäft. Ebenso wurden französische Noten stärker begehrt und mit 50 pCt. repartiert. Ferner machte sich nach Budapest Nachfrage geltend. Insgesamt betrug der Notenbedarf, in Dollar umgerechnet, etwa 20 000 Dollar.

Berliner amtliche Devisenkurse.
In Billionen Mark.

Telegr. Auszahlungen (Reichsbank-Diskont *)		Bank-Diskont	6. 8. Geld	6. 8. Brief	5. 8. Geld	5. 8. Brief
Holland	100 Gulden	5	161,99	162,81	161,69	162,51
Belgien	100 Frank.	6	21,50	21,60	20,15	20,25
Christiania	100 Kron.	6	57,71	57,99	57,71	57,99
Kopenhagen	100 Kron.	7	67,93	68,27	68,13	68,47
Schweden	100 Kron.	5½	111,52	112,08	111,52	112,08
Danzig	100 Gulden	12	74,46	74,84	74,31	74,69
Helsingfors	100 finn. M.	9	10,495	10,555	10,495	10,555
Italien	100 Lire	5½	18,375	18,475	18,40	18,50
London	1 Lstr.	4	18,71	18,80	18,685	18,715
New York	1 Dollar	3½	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	100 Frank.	6	23,19	23,31	22,64	22,76
Schweiz	100 Frank.	4	79,00	79,40	78,80	79,20
Spanien	100 Peseten	5	56,11	56,39	56,36	56,64
Deutsch-Oest. abg.	100000 Kron.	12	5,92	5,94	5,92	5,94
Prag	100 Kron.	6	12,40	12,46	12,44	12,50
Budapest	100000 Kron.	18	5,40	5,42	5,41	5,43
Buenos Aires	1 Papier-Peso	—	1,375	1,385	1,385	1,395
Bulgarien	100 Leva	6½	3,05	3,07	3,03	3,05
Japan	1 Yen	—	1,715	1,725	1,715	1,725
Rio de Janeiro	1 Milreis	—	0,395	0,405	0,40	0,41
Jugoslawien	100 Dinar	—	5,115	5,135	5,115	5,135
Portugal	100 Escudos	—	11,37	11,43	11,37	11,43
Konstantinopel	1 türk. Lstr.	—	2,16	2,18	2,125	2,145

*) Wertbeständiger Diskont 10%, do. Lombard 12%.

Ostdevisen: Auszahlung Warschau 79,50—81,10, Bukarest 1,86 auf 1,88, Riga 80,19—81,88, Reval 0,89—0,91, Kowno 40,09—40,91, Kattowitz 79,50—81,10. — Noten: Zloty 77—81, Lat 78—82, estn. Mark 0,86—0,90, Lit —.

*

Dollarschätze stellten sich unverändert auf 82½ bez. u. Geld.

Vorsichtiger Abbau der Gütertarife. Der Ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats fand sich am 5. d. M. zusammen, um eine allgemeine Aussprache über die Gütertarifpolitik der Reichsbahn herbeizuführen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Geh. Oberregierungsrat Vogel, gab Reichsverkehrsminister Oeser einen Ueberblick über die Entwicklung der Reichsbahn im letzten halben Jahr, über die innen- und außenpolitischen Zusammenhänge und insbesondere die Fragen, die die augenblickliche Tarif- und Finanzpolitik der Reichsbahn bestimmen. An Referate der Verwaltung über die Finanz-, Tarif- und Verkehrslage schloß sich eine eingehende, ausgedehnte Erörterung an, deren Ergebnis in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt wurde, wonach zur Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft sowohl, als auch im Interesse der Eisenbahneinnahmen ein sofortiger, jedoch vorsichtiger Abbau der Eisenbahngütertarife erforderlich erscheine. Die Aufrechterhaltung der heutigen Tarife werde bestimmt zu einem weiteren Rückgang der Eisenbahneinnahmen führen. Deshalb empfehle sich eine alsbaldige wirksame Ermäßigung der Tarife für Kohle als den wichtigsten Rohstoff. Eine Ermäßigung der übrigen Tarife erschien dem Ausschuß ebenfalls erwünscht, jedoch müsse deren Form, Ausmaß und Zeitpunkt von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn abhängig gemacht werden. Die Tarifierung der einzelnen Güter soll nach Maßgabe der wirtschaftlichen Bedürfnisse nachgeprüft werden. Zum Schluß wurden einzelne Tarifanträge für Oberschlesien beraten.

Umfangreiche Kündigungen im Stinnes-Konzern. Im Ruhrbergbau sind neuerdings wiederum neue Massenkündigungen erfolgt. Die fünf zur Gelsenkirchener Gruppe gehörigen Zechen in Annen haben ihren Arbeitern und Beamten zum 18. August gekündigt, da die Zechen vorläufig stillgelegt werden sollen. Auch die Zeche Wiendahlsbank, die zur Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. gehört, hat den Belegschaften und den Beamten zum 15. August gekündigt. Es handelt sich bei diesen Kündigungen nach Mitteilungen von informierter Seite nicht etwa um vorbeugende taktische Maßnahmen für den Lohn- und Arbeitskampf, die Zechenverwaltungen wollen vielmehr die noch unwirtschaftlicher erscheinende Methode der Feierschichten vermeiden und ziehen daher völlige Stillegung der Betriebe vor. Ferner hat die Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim a. d. Ruhr der gesamten Belegschaft der Abteilung Gießerei die Kündigung zugestellt.

Sachsenwerk, Licht- und Kraft-A.-G. Der Auftragseingang war in 1923 infolge der Inflation starken Schwankungen unterworfen, von denen besonders die Stapelartikel, wie Kleinmotoren und Kleinmaterial, betroffen wurden. In verschiedenen Abteilungen mußte die Belegschaft vorübergehend verkleinert werden. Der letzte Währungsabsturz führte zu einer neuen Belebung des Geschäfts, die aber ihr Ende erreichte, als die Verkaufspreise der elektrotechnischen Fabrikate durch Einführung der Goldmarkberechnung von der Papiermark unabhängig gemacht wurden, bevor noch die Währung stabilisiert war. Die Maschinenfabrik lieferte eine erhebliche Anzahl großer Generatoren, insbesondere zum Ausbau der deutschen Wasserkräfte. Die Beschäftigung im laufenden Jahre war zu Beginn gering, hob sich dann, jedoch nur für kurze Zeit. In einem wichtigen Teil der Fabriken wird noch mit Mehrfach-Schichten gearbeitet, während andere Teile wieder mit eingeschränkter Belegschaft arbeiten. Ueberschuß nach Abschreibungen von 103 832 Bill. M. 1 143 121 Bill. M. vorgetragen, um bei der Aufstellung der Goldmarkbilanz Verwendung zu finden. Bilanz (Bill. M.): Kasse 73 748, Wechsel 5364, Wertpapiere 36694, Schuldner 737 854, Warenvorräte 3 319 777, Bankschulden 119 489, Lieferantenguthaben 139 562, Akzepte 34 028, Kundenanzahlungen u. Lieferverpflichtungen 1 497 959, Rückstellungen für Steuern einschl. Rentenbankumlage 826 167, sonstige Rückstellungen 410 110.

Boykott gegen die Deutsche Tuchkonvention. Mit dem rigorosen Verhalten der Deutschen Tuchkonvention beschäftigte sich eine in Hannover einberufene Konferenz des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung, des Reichsverbandes des Deutschen Schneidergewerbes und des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe. Es wurde, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, einstimmig folgendes beschlossen: 1. Die Mitglieder erteilen keine Aufträge für die Frühjahr- und Sommer-Saison 1925, 2. für die Bezahlung der Herbst- und Winterware wird ein Nettoziel von 3 Monaten gefordert, sowie eine Preisermäßigung für diese Ware unter gleichzeitiger Reduzierung der Aufträge, 3. von der Erfüllung dieser Forderung wird die Vereinbarung der Einkaufsbedingungen abhängig gemacht.

Weiterer Verlauf der Börse.

Von Kolonialwerten nannte man Kaoko 500, Sloman 9, Pomona 52, Salitrera 250.

In russischen Werten war das Geschäft heute etwas lebhafter. 1902er Russen wurden in größeren Beträgen mit 4,5 umgesetzt. Russenbank waren schwächer und zwar etwa 12, Petersburger Internationale 4.

Gegen 2 Uhr zeigte die Tendenz keine nennenswerte Veränderung. Man nannte Kriegsanleihe mit 580—585, 3½proz. Konsols mit 1650—1700.

Der Kassamarkt lag heute eher schwächer. Als höher sind zu nennen: Hotelbetrieb 3½, Chem. Buckau 3¼, Deutsch-Niederländische Telegraphen 4; niedriger waren Stahl u. Noelke 4⅞, Glanzstoff 6, Stralsunder Spielkarten 6, Niederlausitzer Kohlen 2¼.

2-Uhr-Kurse.

Daimler 3,25, Hirsch Kupfer 20, Hammersen 11,3, Ilse Bergbau 15,5, A. E. G. 9,2, Gesfürel 16,75, Schuckert 34,5, Elektr. Licht 8,9, Laurahütte 6,87, Dt. Luxemburg 49,25, Gelsenkirchen 50, Caro 13, Oberbedarf 10,25, Phönix 28,75, Harpener 60,5, Hohenlohe 23,5, Rheinstahl 24, Riedel 5,37, N. A. G. 2,8, Schultheiß 20,12, Leonh. Tietz 4,12, Orenstein 16, Salzdetfurth 16,1, Tel. Berliner 5, Mannesmann 35,75, Elektr. Hochbahn 39,75, Canada 36,75, Hamburg Paket 27,2, Nordd Lloyd 6,8, Hansa 12,25, Hamburg Süd 37, 3½proz. Konsols 1625, Kriegsanleihe 590, Bank el. Werte 5,6, Barmer Bankverein 1,87, Darmstädter 8,4, Disconto 11,7, Mitteldeutsche 2,12, Berliner Handel 29,12, Reichsbank 37,25, Dt. Bank 9,75, Dresdner 6,8, Commerzbank 5,8, Sloman 9,5, Salitrera 250, Diamond 15,25, Dt. Petroleum 14,75, Dt. Erdöl 40,1.

Weitere Ausdehnung des Barmat-Konzerns. Die Majorität der Papier- und Kartonfabrik Köttewitz ist kürzlich in den Besitz der Barmat-Gruppe übergegangen. Das Unternehmen, das sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Zeitungspapieren und Kartonnagen befaßt, nimmt in seiner Branche eine führende Stellung ein. Die Uebernahme der Papier- und Kartonfabrik Köttewitz steht in enger Verbindung mit der Firma „Deutsches Kunst- und Kalksandsteinwerk A.-G., Copitz“, die gleichfalls durch Uebergang der Aktienmehrheit in den Besitz der Barmat-Gruppe übergegangen ist, zusammen. Die Barmat-Gruppe ist in der Verwaltung der Gesellschaft vertreten durch Direktor Schäfer, Bonn, und den Reichstagsabgeordneten Lange-Heegermann, Bottrop.

Waren A.-G. vorm. von Bary & Co., Berlin. Unter dieser Bezeichnung ist eine neue A.-G. gegründet worden, welche die Geschäfte der Firma „von Bary & Co. G. m. b. H.“ unter Uebernahme der gesamten Aktiva und Passiva fortführt. Das Kapital wurde gleichzeitig auf 2 Mill. Goldmark erhöht. Den Aufsichtsrat bilden Generalkonsul H. A. von Bary, Amsterdam, G. Schlieper, Geschäftsinhaber der Direktion der Disconto-Ges., Berlin, I. Petschek, Außig, J. B. Schroeder, Hamburg, Dr. E. Petschek, Deutsche Industrie A.-G., Berlin.

Emil Busch, A.-G., Optische Industrie, Rathenow. Papiermark-Abschluß für 31. März 1924 ergibt Ueberschuß 210 841 Bill. Papiermark, über deren Verwendung G.-V. beschließen soll. Vorstand berichtete, daß im neuen Geschäftsjahr Auftragseingang im allgemeinen zufriedenstellend war. Besonders wurde hervorgehoben, daß Gesellschaft sich gute Erfolge aus der Verwertung der Szczepanikschen Patente für Naturfarben-Kino verspricht.

Todesfall. Im Alter von 77 Jahren ist, wie uns gedrahtet wird, in Düsseldorf der Geh. Justizrat Eduard Carp verschieden, der als Vertreter der Haniel-Gruppe jahrzehntelang in der rheinisch-westfälischen Industrie eine große Rolle gespielt hat. Carp gehörte u. a. der Gute Hoffnungshütte als Mitglied des Aufsichtsrates an und saß im alten Kohlensyndikat als Beirat. Sein Sohn, Werner Carp, ist zurzeit Vorsitzender des Aufsichtsrates des Phönix.

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 6. August 1924

Fortlaufende amtliche Notierungen

			heute	vor.
Türk. Zoll-A.	4	12,75-12,88	13,13	12,50
Türk 400 F.	—	28,00-29,75	31,00	32,00
Ung St.R 13	4	5,50	—	—
Ung St.R 14	4½	5,50-5,88	5,30	4,88
do Gold-R.	4	7,38 7,30	7,38	6,90
do St. R. 10	4	6,88	6,50	6,50
do Kr.-Rt.	4	1,60-1,70	1,60	1,50

			heute	vor.
Hartm S. M.	—	4,25-4,38	4,25	4,60
Held & Francke	0	0,90-0,88	0,825	1,00
Hirsch Kupf	—	20,5-21,00-20,75	21,00	21,50
Höchster Fw.	—	14,75-14,50	14,70	14,75
Hoesch Eisen	—	36,50 35,00	35,00	36,25
Hohenlohe	—	23,38-23,50	23,50	23,75
P. Holzmann	0	3,80-3,90	4,10	4,10
Rh Braunk	—	28,00-28,3-28,25	28,38	28,25
Rh. Metallw.	—	4,80	4,90	5,40
do. Stahlwrk	—	23,25-24,00	24,00	23,50
Rh.-W. Spgst	—	5,00-4,88	5,00	5,38
Rhenania	0	5,63-5,25	5,50	5,88
J. D. Riede	0	5,25-5,38-5,30	5,38	5,25
Rombacher	—	14,00-13,63	14,13	15,38

In Billionen Prozent

Deutsche Staats-Anl. in Milliarden Mark

Deutsch. Provinz.-Anl.

Preußisch. Pfandbriefe

Wertbeständ. Anleih. in Billionen Mark

Hypothek.-Pfandbriefe in Milliarden Prozent

Ausl. Eisenb.-Obligat.

Deutsche Eisenb.-Akt. in Billionen Prozent

Kleinbahn-Aktien

Schiffahrts-Aktien

Bank-Aktien

Ausländisch. Anleihen

Brauereien

Industrie-Aktien

Kolonial-Werte